

## 92. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. Dezember 2011, 09.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches..... 8287

**Mandatsverzicht von Christian Meißner -  
Landtagsmandat für Ludwig Freiherr von  
Lerchenfeld** ..... 8287

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Markus  
Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnen-  
holzner u. a. und Fraktion (SPD)  
**EEG-Umlage und Netzentgeltumlage: Auswei-  
tung der einseitigen Belastungen für Privatver-  
braucher und Kleinbetriebe stoppen**  
(Drs. 16/10686)

Ludwig Wörner (SPD)..... 8287 8294  
Erwin Huber (CSU)..... 8288 8290 8291 8295  
Dr. Thomas Beyer (SPD)..... 8290  
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER)..... 8291  
Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 8292 8294  
Tobias Thalhammer (FDP).... 8293 8293 8293 8294  
8295 8295 8296  
Staatssekretärin Katja Hessel..... 8296

Namentliche Abstimmung..... 8296

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen  
Abstimmung (s. a. Anlage 1) ..... 8304

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Hubert  
Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr.  
Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
**Stellungnahme der Staatsregierung zu den  
Vorwürfen im Fall Mollath** (Drs. 16/10687)

und

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Inge  
Aures, Dr. Christoph Rabenstein und Fraktion  
(SPD)  
**Fernsehsendung ARD-Magazin "Report aus  
Mainz" Fall Mollath** (Drs. 16/10699)

Florian Streibl (FREIE WÄHLER)..... 8297  
Inge Aures (SPD)..... 8298  
Staatsministerin Dr. Beate Merk..... 8298  
Jürgen W. Heike (CSU)..... 8299  
Christine Stahl (GRÜNE)..... 8301  
Dr. Andreas Fischer (FDP)..... 8302 8303  
Peter Meyer (FREIE WÄHLER)..... 8302  
Franz Schindler (SPD)..... 8303

Beschluss zum Dringlichkeitsantrag 16/10687 der  
FREIEN WÄHLER..... 8304

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/10699.  
8304

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten  
Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.  
a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima)  
Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄH-  
LER)  
**Verwendung der Mittel des Fonds "Heimerzie-  
hung in der Bundesrepublik Deutschland in  
den Jahren 1949 bis 1975"** (Drs. 16/10688)

Renate Ackermann (GRÜNE)..... 8304 8305 8307  
8310 8311  
Dr. Otto Bertermann (FDP)..... 8305 8306 8308  
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter  
Bauer (FREIE WÄHLER)..... 8306  
Hermann Imhof (CSU)..... 8306 8307 8307  
8307 8308  
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)..... 8308 8310 8312  
Brigitte Meyer (FDP)..... 8309 8310  
Staatssekretär Markus Sackmann..... 8311 8312  
8312

Namentliche Abstimmung..... 8312

**Wahl des Abg. Oliver Jörg zum Vorsitzenden des Hochschulausschusses** (Bekanntgabe gem. § 27 Abs. 2 GeschO) ..... 8312

**Mitteilung** gem. § 26 GeschO betr. Ausschussumbesetzungen..... 8313

**Mitteilung** betr. Benennung eines neuen Mitglieds des Landessportbeirats..... 8313

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung 16/10688 (s. a. Anlage 2) ..... 8316

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Stefan Schuster u. a. und Fraktion (SPD)

**Gesetzliche Verpflichtung beim Versorgungsfonds und der Versorgungsrücklage einhalten, keine Verschiebung von Lasten in die Zukunft** (Drs. 16/10689)

Verweisung in den Haushaltsausschuss ..... 8312

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Lebensqualität und Gesundheit am Bayerischen Untermain sichern - Fluglärm bekämpfen** (Drs. 16/10690)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss ..... 8312

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Budgetrecht des Landtags beachten** (Drs. 16/10691)

Verweisung in den Haushaltsausschuss ..... 8312

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u. a. und Fraktion (SPD)

**Regierungserklärung zum Bericht "Soziale Lage in Bayern 2011"** (Drs. 16/10692)

Verweisung in den Sozialausschuss ..... 8312

#### **Weihnachts- und Neujahrswünsche**

Präsidentin Barbara Stamm..... 8313

Natascha Kohnen (SPD)..... 8314

Stellvertretender

Ministerpräsident Martin Zeil..... 8315

Schluss der Sitzung..... 8317

(Beginn: 9.01 Uhr)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 92. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Der Landeswahlleiter hat mit Schreiben vom 13. Dezember mitgeteilt, dass Herr Christian Meißner mit Ablauf des 14. Dezember 2011 auf sein Landtagsmandat verzichtet hat und damit aus dem Landtag ausgeschieden ist. Ich danke Herrn Kollegen Meißner für seine engagierte parlamentarische Arbeit, die er 13 Jahre im Bayerischen Landtag geleistet hat, und wünsche ihm für seine neuen Aufgaben als Landrat viel Erfolg.

Der Landeswahlleiter hat gemäß Art. 58 des Landeswahlgesetzes Ludwig Freiherrn von Lerchenfeld aus Presseck als Listennachfolger festgestellt. Seit 15. Dezember ist Freiherr von Lerchenfeld Mitglied des Bayerischen Landtags. Es freut mich, Sie in unserer Mitte begrüßen zu können, Herr Kollege. Für Ihre parlamentarische Arbeit wünsche ich Ihnen viel Erfolg.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 46 auf:

#### **Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)**  
**EEG-Umlage und Netzentgeltumlage: Ausweitung der einseitigen Belastungen für Privatverbraucher und Kleinbetriebe stoppen (Drs. 16/10686)**

(Unruhe bei den Oppositionsfractionen)

- Wenn die Opposition geneigt ist, dem Plenum ihre Aufmerksamkeit zu widmen, können wir in der Tagesordnung fortfahren.

(Anhaltende Zurufe von den Oppositionsfractionen und Gegenrufe von den Regierungsfractionen)

- Der Gang der Dinge sollte durch Ihre Gespräche nicht behindert werden.

(Zuruf von der SPD: Es sind ja erst wenige Abgeordnete hier! Die Kollegen müssten geholt werden!)

- Dies geschieht sofort, Herr Kollege. Die CSU hat nämlich namentliche Abstimmung beantragt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Vorweg mache ich darauf aufmerksam, dass sich wegen des Verzichts der Fraktionen von CSU und FDP auf die Einreichung eines Plenardringlichkeitsantrags die Redezeit auf 18 Minuten pro Fraktion reduziert.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Ludwig Wörner.

**Ludwig Wörner (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Ich darf aus der "Bayerischen Staatszeitung" zitieren. Christoph Hammer, CSU-Oberbürgermeister von Dinkelsbühl, sagt, er könne es absolut nicht verstehen, dass bei der derzeit florierenden Wirtschaft eine hohe Entlastung der Industrie zulasten der kleinen Betriebe und Privatfirmen erfolgt. In dem betreffenden Artikel führt er weiter aus, er halte es für unmöglich, dass bei seinen Stadtwerken die Preise gesenkt würden. Er wollte dies zwar tun, kann es aber nicht, weil seine Stadtwerke wegen des EEG 300.000 Euro Umlage weniger bekommen.

Das heißt: Das Gesetz, das zum 1. Januar in Kraft treten soll, schadet den Kleinunternehmern, den Gewerbetreibenden und den Privathaushalten in diesem Land. Das ist unsozial, weil die Preise zulasten dieses Kreises in die Höhe getrieben werden.

Das ist eine gefährliche Entwicklung. Denn damit erzeugen wir eine Stimmung gegen die Energiewende. Schon jetzt wird nämlich gesagt: Alles wird nun viel teurer. In Wirklichkeit würde es nicht teurer, wenn man nicht diese massive Umverteilung betreiben würde.

(Beifall bei der SPD)

Dies will ich nun im Einzelnen darstellen.

Die Ausweitung der besonderen Ausgleichsregelungen im EEG und die Befreiung der Großverbraucher von Netznutzungsentgelten sowie von der Netznutzungsversorgung haben Auswirkungen. Im alten EEG ist eine Regelung für die stromintensiven Unternehmen enthalten. Das sind 600 Unternehmen. Man hat sie aus Wettbewerbsgründen schon vor langer Zeit von den hohen Belastungen befreit.

Jetzt macht man eine Nacht-und-Nebel-Aktion. Im neuen EEG ist diese Regelung schlicht vergessen worden. Als man das entdeckte, hat man das, was die Verbände gewollt haben, in dieser Nacht-und-Nebel-Aktion schlichtweg ins Gesetz geschrieben. Dadurch

wird es zu erheblichen Preissteigerungen kommen, die Kleinunternehmer, Selbstständige, Gewerbetreibende und Privathaushalte ausbaden dürfen.

Laut Bundesumweltministerium macht die Ausnahmeregelung des EEG für die Industrie 0,9 Cent pro Kilowattstunde aus. Die übrigen Verbraucher zahlen 3,53 Cent EEG-Umlage. Das heißt, mehr als ein Viertel der EEG-Umlage wird ausschließlich durch die Ausnahmeregelung erfasst. Ich glaube, so darf man Umverteilung nicht betreiben.

Jetzt setzt man noch eines drauf. Für 2011 ist eine Begünstigungswirkung von 2,2 Milliarden Euro zu erwarten. Um 2,2 Milliarden Euro werden Unternehmen zulasten der anderen entlastet. Ich glaube nicht, dass das nur mit Wettbewerbsverzerrung etwas zu tun hat, sondern da wird Stimmung gegen die Energiewende erzeugt.

(Beifall bei der SPD)

Wir glauben, die bisherige Regelung hat völlig ausgereicht, die 600 Großunternehmen herauszunehmen. Inzwischen sind es allerdings 6.000 Unternehmen, die zum 1. Januar 2012 herausgenommen werden sollen.

Es kommt noch eines hinzu. Mir liegt ein Schreiben vor, das von einem gewissen Herrn Kauder sowie von einem Herrn Brüderle und einer Frau Hasselfeldt unterschrieben worden ist. Diese fordern schon jetzt - das Gesetz ist noch gar nicht in Kraft - eine Reduzierung der Einspeisevergütung für Photovoltaik und eine Deckelung. Diese führt zu einer völligen Verunsicherung, nämlich dann, wenn der Deckel auf die 1.000 MW gesetzt wird.

Zweitens kommt hinzu, dass man die kleinen Biogasanlagen - das wird die Landwirte besonders freuen - ebenfalls reduzieren will. Da fragt man sich: Wo wollen wir mit der Energiewende eigentlich hin?

Jetzt kommt der Hammer: Die Betriebe, die jetzt entlastet worden sind, reichen offensichtlich immer noch nicht. Weitere stromintensive Betriebe sollen von der EEG-Umlage entlastet werden.

Meine Damen und Herren, so kann es nicht weitergehen. Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt. Wir wollen gewährleistet wissen, dass es in der Verteilung gerecht zugeht. Aber was hier gemacht wird, ist nicht gerecht. Denn der Merit-Order-Effekt sorgt eigentlich schon dafür, dass für die großen Unternehmen Strom an der Börse schon jetzt so günstig ist, dass die EEG-Umlage kompensiert wird bzw. der Preis darunter liegt. Da gibt es einen Zuschlag und noch einmal einen Zuschlag und dann noch ein Sah-

nehäubchen drauf. Ich glaube nicht, dass wir uns so etwas derzeit leisten können.

Die entgehenden Netzentgelte machen rund 500 Millionen Euro aus. Wie will man das denn kompensieren? Wir wissen genau, dass wir für den Ausbau der Netze unglaublich viel Geld brauchen werden. Diese Summe verringert sich aber, weil wir Unternehmen 500 Millionen Euro schenken, die es gar nicht notwendig haben. Das ist doch die Logik Ihres Bürgermeisters.

Es ist höchste Zeit, Korrekturen vorzunehmen. Das kann aber nicht so geschehen, wie Frau Hasselfeldt es vorschlägt, sondern es muss sichergestellt werden, dass jeder den Preis für Energie zahlt, der notwendig ist, um die Zukunft der Energieversorgung zu sichern und die Netze ausbauen zu können. Nur so kann es gerecht auf dem Markt zugehen.

Man kann sich der Einschätzung nicht erwehren, dass durch die fortgesetzte Abwälzung der Stromkosten auf die Privatkunden und die Kleinbetriebe die Energiewende der Bevölkerung madig gemacht werden soll. Wir glauben, dass man mit dieser Maßnahme die kleinen Unternehmen und die Selbstständigen zusätzlich belastet. Das wäre nicht notwendig, wenn man bei der alten Regelung verbliebe. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege Wörner. Als Nächster hat Kollege Huber das Wort. Bitte sehr.

**Erwin Huber (CSU):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das war ein typischer Wörner: Man mischt verschiedene Fakten zusammen, gießt ein bisschen Ideologie hinzu und führt sich als Robin Hood auf.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Ich rufe den Kollegen von CSU und FDP und auch von den FREIEN WÄHLERN zu: Fürchtet euch nicht, auch wenn das, was Herr Wörner eben geboten hat, eine Giftmischung ist, die mit den Fakten nichts zu tun hat.

(Bernhard Roos (SPD): Das ist nun wieder ein echter Huber!)

- Ich bleibe bei meiner Linie, Herr Kollege.

Was die künstliche Empörung des Kollegen Wörner so unglaublich macht, ist die Tatsache, dass die Privilegierung von Großunternehmen von der rot-grünen

Koalition im Jahre 2004 eingeführt wurde. Die letzten sieben Jahre hat er sich nicht aufgeregt, aber jetzt, wo eine Verbesserung für den Mittelstand erfolgt,

(Zuruf von der SPD: Das ist doch nicht wahr!)

regt er sich auf. Meine Damen und Herren, das ist scheinheilig, nichts anderes.

(Beifall bei der CSU)

Das, was die rot-grüne Koalition im Jahre 2004 eingeführt hat, war gar nicht so dumm. Es war vielmehr logisch und sogar vernünftig. Man wollte intensiv stromverbrauchende Wirtschaftszweige aus der Sonderbelastung herausnehmen, um sie international wettbewerbsfähig zu halten und damit die Arbeitsplätze in diesen Sektoren in Deutschland zu erhalten. In den Bereichen Aluminium, Papier, Chemie oder auch Carbon wären sie international nicht mehr wettbewerbsfähig, wenn man schlankweg das machen würde, was Herr Wörner heute vorschlägt.

(Zurufe von der SPD)

Wir stehen für Arbeitsplätze in Deutschland, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun habe ich eine Frage an die Wirtschaftsexperten der SPD. Herr Kollege Beyer und Herr Kollege Roos, Sie betonen doch immer - gestern war das wieder der Fall -, dass man auf die Werkbank sehen müsse. Man müsse darauf achten, dass Deutschland ein industrieller Produktionsstandort bleibe. Unter diesem Aspekt können Sie dem Antrag des Kollegen Wörner, der eine massive Mehrbelastung dieser Unternehmen zur Folge hätte,

(Zurufe von der SPD: Das ist doch nicht wahr!)

nicht zustimmen. Aus welchem Anlass regt sich Herr Wörner nun so auf? Zum 1. Januar 2012 soll in der Tat eine weitere Verbesserung kommen. Ich spreche von Verbesserung, Sie sagen Privilegierung. Was soll geschehen? Die Grenze von zehn Gigawattstunden, die bisher für etwa 700 Unternehmen gegolten hat, wird auf eine Gigawattstunde abgesenkt. Das heißt, der industrielle Mittelstand, der ebenfalls dem internationalen Wettbewerb unterliegt, erhält diese Vergünstigungen gleichfalls, und das ist richtig so.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Rot-Grün hat nur die ganz großen Konzerne entlastet. Wir entlasten auch den Mittelstand, das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Kollege Wörner, Sie haben erstens verschwiegen, dass die SPD dieser Energiewende einst zugestimmt hat. Zweitens wissen Sie wahrscheinlich nicht - das unterstelle ich jetzt einmal -, dass die Staatsregierung im Bundesrat einen noch weitergehenden Antrag gestellt hat. Das war vernünftig, Frau Kollegin Hessel. Man hätte die Eingangsschwelle nicht per Gesetz bei 14 % Stromanteil an der Bruttowertschöpfung eines Unternehmens festgemacht, sondern man wäre mit fünf Prozent eingestiegen und hätte diese Vergünstigung degressiv bzw. progressiv ausgebaut.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Damit hätte die Staatsregierung in der Tat noch mehr Unternehmen des produzierenden Gewerbes entlastet. Dieser Vorschlag Bayerns hat im SPD-dominierten Bundesrat sogar eine Mehrheit gefunden. Ganz im Gegenteil zu dem also, wofür sich Herr Wörner heute aufplustert, haben seine Parteifreunde in den anderen Ländern diesem weitergehenden Vorschlag Bayerns zugestimmt. Leider ist er dann vom Bundestag nicht übernommen worden. Es bleibt also bei einer Vergünstigung nur bis zu einer Gigawattstunde.

Meine Damen und Herren, ich möchte damit die Scheinheiligkeit und Doppelzüngigkeit der SPD herausstellen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Absenkung der Schwelle ist vernünftig, weil auf diese Weise auch der im internationalen Wettbewerb stehende gewerbliche Mittelstand entlastet wird. Auf diese Art werden auch beim Mittelstand in Bayern Arbeitsplätze erhalten. Ziel der Energiewende war doch, keine Arbeitsplätze zu gefährden.

(Ludwig Wörner (SPD): Warum beschweren Sie sich dann?)

- Weil nicht alle entlastet werden. Es werden die energieintensiven Unternehmen entlastet, deren Stromanteil an der Bruttowertschöpfung bei 14 % liegt. Das sind Unternehmen, die durch eine Erhöhung des Strompreises ganz besonders belastet sind, gleichzeitig aber mit Unternehmen konkurrieren müssen, wie beispielsweise französischen Unternehmen, die im Bereich der Strompreise massiv privilegiert sind.

Was ich Ihnen damit sagen will, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist Folgendes: Die Veränderung, die zum 01.01.2012 in Kraft tritt, ist mittelstandsfreundlich. Sie ist arbeitnehmerfreundlich. Sie schützt Arbeitsplätze in Deutschland. Das ist konjunkturell genau das Richtige. Denn wir gehen möglicherweise

einer schwierigeren wirtschaftlichen Lage entgegen. In dieser Situation Unternehmen, die durch die Energiekosten sowieso besonders belastet sind, zusätzlich zu belasten, heißt Arbeitsplätze zu gefährden. Was Sie machen, ist eine massive Gefährdung von Arbeitsplätzen in Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn die SPD ihrer Linie als Arbeitnehmerpartei im Hinblick auf die Energiepolitik treu bliebe und nicht ideologisch verblendet wäre, würde sie einen solchen Antrag gar nicht stellen.

(Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Wörner, Sie haben den Brief Kauders, Hasselfeldts und anderer angesprochen. Das ist ein völlig anderes Spielfeld. Es geht da um die Frage, ob die Einspeisevergütung für Photovoltaik in der jetzigen Größenordnung noch gerechtfertigt ist. Die Module werden von Jahr zu Jahr billiger; das weiß jeder. Da ist es dann nicht mehr sinnvoll, denen, die hier investieren können, Renditen von 10, 12 oder 15 % zu lasten der kleinen Leute zu ermöglichen. Selbstverständlich muss eine Anpassung vorgenommen werden. Wenn die Kosten für solche Anlagen deutlich sinken, muss logischerweise auch die Einspeisevergütung abgesenkt werden. Dies hat in der Tat einen dämpfenden Effekt auf die Strompreise für alle Bürger Deutschlands. Was Hasselfeldt, Kauder und andere vorgeschlagen haben, ist logisch und entspricht dem, was wir zur Energiewende immer gefordert haben, nämlich eine vernünftige Anpassung.

Wir sind durchaus dafür, dass die Energiekommission diese Themen weiterhin im Auge behält. Man muss möglicherweise in einigen Jahren eine Überprüfung aller Maßnahmen vornehmen, um die Wirkung abschätzen zu können. Einer solchen Kommission würden wir uns in keiner Weise verschließen. Das hat Ihnen die Staatsregierung übrigens im September bereits mitgeteilt. Jetzt in der letzten Sitzung vor Jahresende stellen Sie einen solchen Antrag, obwohl auf Bundesebene vor dem 1. Januar 2012 nichts mehr geregelt werden kann. Es ist nur Schaumschlägerei, was die SPD mit ihrem Antrag betreibt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bitte Sie alle, meine Damen und Herren, denen es um den Erhalt von Arbeitsplätzen im Mittelstand Bayerns geht, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Huber, bleiben Sie bitte noch am Redepult.

**Erwin Huber (CSU):** Gerne!

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Der Kollege Dr. Beyer hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Kollege Beyer, Sie haben das Wort.

**Dr. Thomas Beyer (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Huber, ich erwarte mir jetzt nicht den großen Weihnachtsfrieden. Ich bin sicher, Sie werden meine Zwischenbemerkung nutzen, um das Gleiche mit der gleichen Emotion noch einmal zu sagen. Das soll Ihnen gegönnt sein.

Ich bitte nur eines zur Kenntnis zu nehmen, da Sie mich persönlich angesprochen haben: Wir haben diese Fragen in unserer Fraktion - offensichtlich intensiver als die CSU-Fraktion - mehrfach ausführlich diskutiert. Natürlich sprechen Sie einen Zielkonflikt an; selbstverständlich, das ist doch überhaupt nicht von der Hand zu weisen. Ich bitte Sie aber schon, den Text des Antrags noch einmal zu lesen. Der Antrag wendet sich natürlich nicht grundsätzlich gegen Modifizierungen der Belastungen. Er wendet sich aber gegen eines, das bitte ich, in der Gesamtschau deutlich zu sehen. Er wendet sich dagegen, dass die Belastung dann überproportional wirkt oder nur noch diejenigen trifft, die innerhalb und außerhalb wirtschaftlicher Betätigung am allerwenigsten haben. Sie da drüben müssen jetzt nicht schon wieder brummen. Lesen Sie diesbezüglich die Stellungnahme des Bundes der Selbstständigen, mit der er uns deutlich auffordert - Sie natürlich noch mehr als uns, weil Sie die Dinge in der Hand haben -, diese Sachen so nicht umzusetzen.

Das heißt also: Das Grundproblem, dass die Lösung schon jetzt die Großen ganz stark entlastet und dass wir für einen Teil des Mittelstandes eine Entlastung schaffen, aber wohl nicht für den kleineren Mittelstand, hat uns dazu gebracht, zu sagen, dass wir uns etwas Sinnvolleres einfallen lassen müssen. Die Anforderung an die Regierenden in Berlin und in München ist, genau das zu tun.

Ein Letztes. Wir haben uns in der Fraktion verabredet. Wir werden uns das sehr genau ansehen. Wir werden die Zahl der betroffenen Betriebe trennscharf aus der Statistik erst ab Januar ersehen - das wissen Sie genauso gut wie wir. Dann werden wir genau hinsehen, welche Entlastungseffekte wo eintreten und wo sie nicht eintreten. Ich bitte Sie angesichts Ihrer vorweihnachtlichen Emotionen, uns zuzugestehen, dass wir die Dinge sehr wohl im Gesamtzusammenhang sehen. Eines ist richtig: Wir müssen das Thema Erhalt

der Arbeitsplätze in diesem Sinn an oberster Stelle sehen. Da sind wir uns einig.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Huber, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Erwin Huber (CSU):** Lieber Herr Kollege Beyer, ich danke Ihnen zunächst einmal dafür, dass Sie mir zwei Minuten Redezeit verschaffen. Das werde ich Ihnen nicht vergessen.

(Zurufe von der SPD)

- Wir machen hier keinen Pakt. Es ist auch so, dass ich Ihnen etwas emotionsfreier und pragmatischer antworte als dem Kollegen Wörner, der aufgrund seiner ideologischen Orientierung für mich ein rotes Tuch ist.

(Zurufe von der SPD)

- Man muss Freund und Feind klar unterscheiden können.

Ich möchte zwei Punkte anführen. Erstens. Im Moment weiß man noch nicht, wie viele Unternehmen tatsächlich begünstigt werden,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

da die Anträge erst gestellt werden. Es geht aber nicht um den Unterschied zwischen groß und klein, sondern vielmehr darum, dass die Produktion aufgrund des Stroms mit einer hohen Belastung verbunden ist, nämlich in Höhe von 14 % der Bruttowertschöpfung. Eigentlich müsste man sagen: Die zum 1. Januar in Kraft tretende Regelung ist mittelstandsfreundlich. Die rot-grüne Gesetzgebung seit 2004 sah bisher nur eine einseitige Begünstigung der ganz großen Konzerne vor. Jetzt kommt der industrielle Mittelstand dazu. Das ist mittelstandsfreundlich.

Zweitens. Die Belastung, die sich daraus ergibt, ist schwer abzuschätzen. EEG- und Netzentgelte werden zusammen möglicherweise bei 0,2 bis 0,3 Cent pro Kilowattstunde liegen. Wenn man nun weiß, dass der einzelne Stromkunde heute schon 3,5 Cent aufgrund des EEG bezahlen muss, kann man sich ausrechnen, dass es sich um eine Mehrbelastung handelt, die weniger als 10 % der EEG-Belastung ausmacht. Das war seinerzeit im Jahr 2004 auch die Grenze - man hat gesagt, dass es nicht mehr als 10 % sein dürfen. Diese Grenze wird nicht überschritten.

Ich will Ihnen ein Drittes sagen. Herr Dr. Beyer, wenn man den Umverteilungseffekt so in den Mittelpunkt stellt wie Herr Wörner, dann muss man natürlich auch

sagen: Durch die EEG-Einspeisevergütung werden 12 bis 14 Milliarden Euro im Jahr umverteilt, auch zulasten der kleinen Einkommen, der Mieter, der Hartz-IV-Empfänger und der Arbeitnehmer. Sie haben kein Problem, 12 bis 14 Milliarden Euro umzuverteilen. Gerade Sie haben sich immer sehr stark dafür eingesetzt, dass dies sogar noch weiter ausgedehnt wird. Das ist eine Mehrbelastung. Nun sind Sie aber mit Blick auf die Umverteilung bei einem kleinen Pünktchen empfindlich, das 10 % ausmacht. Das passt hinten und vorne nicht zusammen. Deshalb würde ich in der Tat empfehlen, dass sich die Wirtschaftspolitiker der SPD einmal mit den Ideologen ihrer Partei erfolgreich auseinandersetzen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat Herr Kollege Thorsten Glauber das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal guten Morgen.

(Zurufe: Guten Morgen!)

Herr Huber, ich glaube, dass Ihre Einschätzung gerade zu diesem Thema nicht passt. Sie haben davon gesprochen, dass es wirtschaftsfreundlich ist. Ist das wirtschaftsfreundlich? Sie entlasten einen Teil des Mittelstandes, aber Sie belasten einen großen Teil des anderen Mittelstandes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie belasten das Handwerk und die privaten Verbraucher. Ich wage zu bezweifeln, dass das die richtige Einschätzung der wirtschaftspolitischen Kraft in Bayern ist. Sie, Herr Huber, waren doch ein klarer Atomkraftbefürworter. Das war Ihre Fehleinschätzung. Sie waren ganz klar gegen einen Ausbau des Breitbandes in Bayern über eine Beteiligung des Freistaates. Das war Ihre Fehleinschätzung. Sie sind bis heute einer, der sagt: Wir brauchen den Donauausbau. Ich glaube, auch das ist eine Fehleinschätzung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Huber, Sie liegen öfter einmal daneben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Weil Sie öfter danebenliegen, glaube ich, dass Sie auch heute danebenliegen. Wir werden uns in diesem Haus darüber unterhalten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das Energieeinspeisegesetz hat nur 592 Unternehmen entlastet. Wir wissen noch nicht, was aufgrund Ihrer neuen Regelungen passiert, weil wir noch keine trennscharfen Zahlen haben.

Der Weg, den Sie jetzt beschreiten wollen, ist definitiv der falsche. Wir werden das Handwerk belasten, und ich sage Ihnen auch, warum. Das Handwerk wird die Kosten auf die Preise seiner Handwerks Güter aufschlagen, und die Privatleute werden zweimal zahlen: Sie zahlen die EEG-Umlage und das Mehr an Handwerksleistungen, weil sich dort der Strompreis erhöhen wird. Von daher ist dies für das Handwerk völlig kontraproduktiv.

Wir als FREIE WÄHLER sehen keine Notwendigkeit, mit neuen Regelungen eine Ausweitung zu schaffen. Wir haben das auch hier im Hause immer als eine falsche Wirtschaftspolitik gesehen. Der Merit-Order-Effekt ist angesprochen worden. Wir wissen doch heute schon, dass an der Strombörse in Leipzig eingehender Solarstrom oder Strom aus erneuerbaren Energien günstiger ist als der aus alten Kraftwerken. Warum schreibt denn Eon so viele Kraftwerke ab? - Weil sie völlig unlukrativen Strom einspeisen. Ich habe schon mehrmals in diesem Haus gesagt, dass wir in Zukunft aufgrund der Energiewende Strom günstiger produzieren als heute. Natürlich ist dieser Schritt noch zu gehen. Das sage ich aber voraus. Sie sprechen von 3,5 Cent. Wie hoch ist die Erhöhung der EEG-Umlage in diesem Jahr? - 0,06 Cent. Für einen Privathaushalt macht dies bei 3.500 Kilowattstunden ungefähr 2,10 Euro aus. Es ist deshalb eine falsche Wirtschaftspolitik, immer nur einen kleinen Teil der Industrie zu entlasten.

Ein Letztes. Im Antrag steht auch, dass Sie im Prinzip Unternehmen mit 7.000 Stunden Strombezug und mehr als 10 Gigawattstunden entlasten wollen. Sie müssen sich überlegen, was das bedeutet. Für diese Unternehmen müssen wir eine ganz besondere Infrastruktur errichten. Und weil wir als Gesamtgesellschaft diese Infrastruktur errichten müssen, wollen Sie diese Unternehmen auch noch entlasten? Ich finde: Wenn die Politik Rahmenbedingungen schafft, sollen auch die Unternehmen ihren Anteil zu diesen Rahmenbedingungen beisteuern. Diese Rahmenbedingungen schaffen wir durch Politik.

Abschließend möchte ich noch sagen: Diese Woche hat der stellvertretende Vorsitzende der Enquete-Kommission und der heutige Antragsteller an diesem Redepult geäußert, dass die Oppositionsfaktionen neben der Kommission Anträge stellen. Heute stellt er selbst einen Antrag. Andere zu geißeln, selbst aber Anträge zu stellen, sollte ihm zu denken geben.

Abschließend möchte ich sagen: Die Enquete-Kommission arbeitet sehr gut zusammen. Ich möchte Tobias Reiß ein Lob aussprechen. Er versucht, alle zusammenzubringen. Wenn wir das, was wir erarbeiten, auch wirklich gemeinsam real in Anträge gießen, glaube ich, sind wir auf einem guten Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat Herr Kollege Hartmann das Wort.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Huber, man hat Ihrer Rede deutlich entnehmen können, dass Ihnen das EEG seit jeher ein Dorn im Auge ist. Im Jahre 2000 haben Ihre Fraktion und Ihre Partei gegen das EEG gewettert. Im Bundestagswahlkampf 2002 gingen Sie ebenfalls gegen das EEG vor. Sie waren vom EEG nie begeistert, und zwar aus folgendem Grund: Die Energiewende wurde gegen Ihren Willen von den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet. Sie wurde gegen den Willen der großen Konzerne gestaltet. Sie wurde gegen den Willen der Staatsregierung und der sie tragenden Parteien gestaltet. Mit dem EEG wurde etwas erreicht, was Sie nie für möglich gehalten haben: Die Bürgerinnen und Bürger sind bereit, selbst in die Energiewende zu investieren und zu Stromproduzenten zu werden. Der Markt, den vorher vier Große unter sich aufgeteilt haben, wird neu verteilt.

Sie suchen jetzt einen weiteren Weg, um den Bürgerinnen und Bürgern das EEG madig zu machen. Sie wollen dafür sorgen, dass die Kosten einseitig aufseiten der Bürgerinnen und Bürger und der kleinen Unternehmen weiter steigen, während die große Industrie weiter entlastet werden soll. Herr Huber, Sie haben angesprochen, dass im Jahr 2004 erstmalig die Härtefallregelung ins EEG aufgenommen wurde. Aktuell sind davon 517 Betriebe betroffen. Im Jahr 2004 wurde jedoch gesagt, dass diese Regelung stufenweise wieder abgebaut werden soll. Man wollte den Unternehmen damals ein Zeitfenster geben, um effizienter mit Strom und Energie umzugehen. Die Bundesregierung macht jetzt genau das Gegenteil. So viel zum Thema Planungssicherheit für die Industrie in diesem Land. Sie dehnen diese Regelung weiter aus und nehmen mehr Firmen hinein. Herr Kollege Glauber hat schon angesprochen, was das bedeutet: Das bedeutet, dass Sie diejenigen Unternehmen, die schwankende Strommengen abnehmen und für die deshalb viel in die Infrastruktur investiert werden muss, von den Kosten befreien möchten.

Für uns ist ganz klar: Eine Energiewende kostet Geld. Das ist unumstritten. Neue Kraftwerke sind in der Pro-

duktion zunächst einmal teurer als abgeschriebene Anlagen. Aber alle Fraktionen in diesem Hohen Haus möchten die Energiewende. Deshalb ist es selbstverständlich, dass die Kosten auf alle Schultern verteilt werden müssen. Dies gilt für die Industrie und den Mittelstand genauso wie für den kleinen Bürger. Deshalb geht der Antrag der SPD komplett in die richtige Richtung. Wir werden ihm selbstverständlich zustimmen.

Eines noch zum Schluss: Die Industriestrompreise stagnieren seit 2007 auf dem gleichen Niveau, während sie für die Privatkunden gestiegen sind. Für die Industrie sind die Strompreise in den letzten Jahren also nicht gestiegen. Ich bitte deshalb um mehr Ehrlichkeit in der Debatte. Die aktuelle Anregung, die Industrie weiter freizustellen, wäre ein zusätzliches Geschenk für die Industrie. Der Strompreis an der Börse liegt auf dem Niveau der Zeit vor der Abschaltung der acht Kernkraftwerke. Das Gejammere der Industrie findet also auf sehr hohem Niveau statt. Es ist nicht angemessen, dass die Politik jetzt springt und weitere Geschenke vor Weihnachten verteilt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat Herr Kollege Tobias Thalhammer das Wort.

**Tobias Thalhammer (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns bei der Energiewende drei Ziele gesetzt, die wir in Einklang bringen wollen: die Umweltverträglichkeit, die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit. Mit einer verfehlten Subventionspolitik, wie sie von Rot-Grün propagiert wird, gefährden wir Arbeitsplätze und die Wirtschaft in unserem Land. Gerade in einem Industrieland wie Bayern, bei dem in den meisten Landkreisen Vollbeschäftigung herrscht, müssen wir eine vernünftige Wirtschaftspolitik betreiben und dürfen nicht immer nur die Kostenschraube nach oben drehen, wie dies Rot-Grün fordert.

(Beifall bei der FDP)

Schauen Sie doch beispielsweise einmal nach Südost-Oberbayern ins Chemiedreieck. Zehntausende Arbeitsplätze sind hier von den Energiekosten abhängig. Genau um diese Betriebe geht es bei dieser Regelung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht darum, dass wir Härtefälle in der Industrie vor einer zu hohen Kostenbelastung schützen. Wir wollen diese Regelung aus guten Gründen auf mittelständische Betriebe ausweiten, bei denen die Stromkosten einen hohen Prozentsatz ihrer Gesamtproduktionskosten ausmachen und die unter hohen Stromkosten zu leiden haben. Diese mittelständischen Betriebe sollen ge- und verschont bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei geht es auch um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, der Betriebe und der Industrie in unserem Land und damit auch um Arbeitsplätze in unserem Land. Sehen Sie sich einmal an, wie es um die internationale Wettbewerbsfähigkeit im Moment bestellt ist bzw. wie gefährdet sie ist. Ich nenne einen anderen Kostentreiber, nämlich die Wechselkurse aufgrund des starken Euro. Einer der Hauptabnehmer des Exportlands Bayern ist Polen. Vor einigen Monaten mussten sie in Polen 3,80 Zloty für einen Euro bezahlen. Heute müssen Sie über 4,50 Zloty bezahlen. Dies ist eine massive Kostensteigerung und somit eine Gefahr für unseren Export. In dieser Situation dürfen wir die Kosten für eine verfehlte Wirtschaftspolitik nicht weiter nach oben treiben. Schwarz-Gelb ist der Garant dafür, dass unsere bayerische Wirtschaft auch in Zukunft international wettbewerbsfähig bleiben wird.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Thalhammer, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Hartmann zu?

**Tobias Thalhammer (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Nein.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Dann haben Sie wieder das Wort.

**Tobias Thalhammer (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Herr Kollege Hartmann, wäre jetzt Rot-Grün an der Regierung, würde ich dieser Regierung zutrauen, eine Energiewende zu schaffen. Sie würden jedoch eine Energiewende auf Kosten unserer bayerischen Wirtschaft herbeiführen. Sie machen Subventionspolitik. Wir schaffen Anreize. Ihre Politik ist wirtschaftsfeindlich. Wir betreiben eine wirtschaftsfreundliche Politik.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei den GRÜNEN)

Schwarz-Gelb ist ein Garant für Wirtschaftskraft in Deutschland und in Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Energiepreise haben auch eine soziale Komponente. Sollten die Produktionskosten von Unternehmen aufgrund einer verfehlten Subventionspolitik steigen, würden diese Kosten natürlich auf die Produzenten und auf den Warenkorb umgelegt. Das hat zur Folge, dass die Preise steigen. Lieber Herr Kollege Wörner, ich wage einmal zu behaupten, dass Preissteigerungen dem Bewohner einer Genossenschaftswohnung in München oder einem Hartz-IV-Empfänger deutlich mehr zu schaffen machen als jemandem, der deutlich mehr in diesem Lande verdient. Deshalb betreiben Sie nicht

nur eine verfehlte Wirtschaftspolitik; Sie betreiben auch eine verfehlte Sozialpolitik.

(Beifall bei der FDP)

Summa summarum kann man zu diesem Antrag nur sagen, dass er aus nahezu jedem Grund abzulehnen ist; denn er führt in eine völlig falsche Richtung. Herr Kollege Wörner, wir lehnen Ihren Antrag aus betriebswirtschaftlichen, aus volkswirtschaftlichen, aus arbeitsmarktpolitischen und - das wird Sie am meisten überraschen - auch aus sozialpolitischen Gründen ab.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Wir haben zwei Wortmeldungen für eine Zwischenbemerkung. Die erste stammt von Herrn Kollegen Hartmann, die zweite von Herrn Kollegen Wörner. Ich rufe zunächst Herrn Kollegen Hartmann auf.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Herr Kollege Thalhammer, können Sie einen einzigen Beweis dafür nennen, dass die Strompreise für Industrieunternehmen, die unter die Härtefallregelung fallen, seit 2007 gestiegen sind? Oder stimmen Sie mir zu, dass die Preise gleich geblieben bzw. leicht gefallen, jedenfalls nicht gestiegen sind? Sie haben viel von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gesprochen. Ich stimme Ihnen zu, dass wir wettbewerbsfähig bleiben müssen. Sie haben aber sicher schon von der Endlichkeit der Rohstoffe gehört. Die fossilen Rohstoffe werden teurer. Ist es nicht endlich an der Zeit, ein Signal an das produzierende Gewerbe zu senden, effizienter und sparsamer mit der Energie umzugehen, um in Zukunft auf diesem Planeten noch wettbewerbsfähig zu sein? Das wäre der richtige Ansatz.

Ein Punkt hat mich ziemlich erstaunt. Vielleicht wissen Sie nicht, dass Eon und andere große Stromkraftwerksbetreiber fossile Kraftwerke vom Netz nehmen, weil diese nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können. Das spricht doch nicht dafür, dass der Strompreis ganz oben ist; das spricht doch eher dafür, dass der Strompreis in den Keller gegangen ist, weil sich diese Kraftwerke nicht mehr rechnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. Herr Kollege Thalhammer, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

**Tobias Thalhammer (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Hartmann, dass Eon Kraftwerke vom Netz nimmt, ist mir sehr wohl bekannt. Schließlich war ich einer derjenigen, die hier im Landtag be-

reits vor geraumer Zeit gefordert haben, das Kraftwerk Isar 1 abzuschalten.

(Lachen bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN - Zurufe von der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN - Glocke des Präsidenten)

Weil es politischer Wille war, muss Eon Kraftwerke, die viel Energie produzieren, abschalten. Das ist ganz klar. Und: Ja, das weiß ich. Der Atomausstieg ist selbst an mir nicht vorbeigegangen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Rohstoffe sind eines der entscheidenden Zukunftsthemen in unserem Land. Ich möchte in diesem Zusammenhang meinen Kollegen Karsten Klein positiv herausstellen. Wir sind gemeinsam nach Berlin gefahren und haben das Thema auf die Tagesordnung gebracht, damit von Bayern endlich einmal ein Schub kommt und endlich ein Rohstoffkonzept erarbeitet wird. Denn wir sind in Zukunft von einer soliden und sicheren Versorgung mit Rohstoffen abhängig. Es freut mich, dass das Thema bei Ihnen mittlerweile auch angekommen ist. Für Sie war das Thema Rohstoffe bislang völlig fremd, weil Sie bei einigen Rohstoffen wie beispielsweise Uran aus ideologischen Gründen prinzipielle Berührungsängste haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe von den GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Lieber Kollege Hartmann, ich weiß - das habe ich auch immer gesagt -, dass das Energieeinsparpotenzial bei der Industrie, vor allem bei der energieintensiven Industrie, schon fast ausgeschöpft ist, weil diese sich von Anfang an sehr stark mit diesem Thema beschäftigt hat. Die Stromkosten waren nämlich eine große Kostenschraube in ihrem Businessplan. Deswegen ist es doch umso wichtiger, dass man mit den Stromkosten der Industrie sensibel umgeht, um auch in Zukunft die Wirtschaftskraft und die Arbeitsplätze in unserem Land nicht zu gefährden.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege Thalhammer. Jetzt hat als Nächster der Kollege Wörner das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

**Ludwig Wörner (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Thalhammer, Sie haben erstens das Chemiedreieck angesprochen. Wissen Sie, dass keines der Unternehmen in diesem Park von dieser Regelung betroffen ist und deshalb auch keines einen höheren Strompreis bezahlt? Sie liegen alle über diesem Schwellenwert und brauchen außerdem alle mehr als das, was in der Regelung steht. Das heißt,

diese Regelung betrifft sie überhaupt nicht. Wenn Sie schon Beispiele nennen, dann sollten es die richtigen sein; sonst könnte man den Verdacht haben, Sie wissen nicht, wovon Sie reden.

Zweitens. Wenn wir über Wettbewerbsfähigkeit sprechen, frage ich Sie: Wissen Sie, dass einer der größten Aluminiumproduzenten Kanada ist? In Kanada ist der Strompreis für alle Menschen gleich, egal, wie viel Strom sie brauchen. Dennoch ist Kanada wettbewerbsfähig. Komisch, nicht wahr? - Also scheint kein sonderlich großer Zusammenhang zu bestehen.

Drittens. Über Durchleitungskosten haben Sie vorsichtshalber nicht geredet. Das ist ein großer Brocken, der uns beim Ausbau der Netze fehlen wird. Dann werden wir auch anders verteilen müssen. Das schlägt sich auch in den Sozialkosten nieder. Sie, Herr Kollege Thalhammer, vergießen Krokodilstränen über Soziales. Das weise ich aufs Schärfste zurück; denn Sie sind die Partei der sozialen Grausamkeiten, Sie sind für Tariffucht, für Lohndumping und für Niedriglöhne, die allen Systemen schaden.

(Beifall bei der SPD)

Ja, die Arbeitsplätze. Welche Arbeitsplätze? Für die danke ich Ihnen! Ich wünsche Ihnen ein paar davon.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege Wörner. Herr Kollege Thalhammer, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Tobias Thalhammer (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Wörner, vielen Dank für Ihren sachlichen Beitrag. Ich glaube, ich bin gescheitert, als Sie glauben.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Lachen bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe auch bayerisches Abitur.

(Harald Güller (SPD): Die Erwartungen sind ja auch ziemlich niedrig! - Weitere Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Können wir uns wieder abregen, verehrte Kolleginnen und Kollegen?

**Tobias Thalhammer (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Das wird von meiner Redezeit abgezogen; denn das war quasi eine persönliche Erklärung.

Herr Kollege Wörner, wenn Sie meine Rede mit all Ihrer Aufnahmefähigkeit verfolgt haben, dann ist Ihnen sicherlich aufgefallen, dass ich davon gesprochen habe, dass es im Chemiedreieck viele energieintensive Industrien gibt und dass die Regelung jetzt auf die mittelständischen Betriebe erweitert wird. Das stand im Fokus meiner Rede; wir machen nämlich mittelstandsfreundliche Politik, was für Sie als SPD ein Fremdwort ist.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Herr Kollege Wörner, Sie halten mir sozusagen vor, dass ich Witze mache, stellen selbst aber in diesen Tagen Kanada als positives Beispiel heraus, das jetzt aufgrund seiner verfehlten Wirtschaftspolitik aus dem Kyoto-Protokoll aussteigen muss, weil es sonst viel zu hohe Zahlungen hat, weil Kanada es eben nicht schafft, die drei Ziele Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit von Energie und Umweltfreundlichkeit in Einklang zu bringen. Das zeigt einfach nur, dass Sie nicht nur von der hiesigen Wirtschaftspolitik, sondern auch von der internationalen Wirtschaftspolitik keine Ahnung haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Thalhammer, bleiben Sie bitte noch am Redepult. Herr Kollege Huber hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Jetzt kommt der Fanclub!  
- Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN  
- Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Huber glaubt auch, dass er klüger ist, als wir glauben! - Glocke des Präsidenten)

Seien Sie bitte so fair, dem Kollegen Gelegenheit zu geben, seine Zwischenbemerkung zu machen! - Bitte sehr.

**Erwin Huber (CSU):** Herr Kollege, würden Sie der SPD vielleicht noch Nachhilfeunterricht in der Weise geben, deutlich zu machen, dass es in der Tat nicht nur um Arbeitsplätze im Chemiedreieck geht, sondern dass es beispielsweise auch darum geht, dass es in Zukunft weitere Investitionen in diesem Bereich gibt? Es geht also nicht nur um einen Bestandsschutz, sondern es geht auch darum, dass wir für Investitionen in den Bereichen Papier, Aluminium, Chemie, Stahl oder beispielsweise auch - das ist für Bayern besonders interessant - für Kohlenstoff wettbewerbsfähig und attraktiv bleiben. Dieser Werkstoff, der eine großartige Zukunft hat, wird hier nur produziert werden, wenn wir auch beim Strompreis wettbewerbsfähig sind. Wir kämpfen darum, dass im Raum Kelheim eine Produktionsstätte

für Kohlenwerkstoffe entsteht. Das hängt wirklich auch an Centbeträgen, was den Strom angeht. Die Blindheit der SPD für Investitionen in diesem Bereich ist nicht zu überbieten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Jetzt reicht es aber!)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Thalhammer, Sie haben das Wort.

**Tobias Thalhammer (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Die Blindheit der SPD war auch nicht zu überhören.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Schreiben Sie sich also kurz vor Weihnachten die Worte des Kollegen Huber hinter die Ohren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege Thalhammer. Als Letzte hat nun Frau Staatssekretärin Katja Hessel das Wort. Bitte sehr, Frau Staatssekretärin.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium):** Sehr geehrter Herr Präsident, guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, was den Sinn der wirtschaftsfreundlichen Ausweitung angeht, hat Herr Kollege Huber deutliche Ausführungen gemacht.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ich nicht?)

Ich sage Ihnen, Herr Kollege Huber, auch ganz herzlichen Dank für die Erwähnung Kelheims und der großen Probleme, diese Produktion in Bayern zu halten. Es gab bereits aufgrund der hohen Strompreise Industrieverlagerungen weg von Bayern.

(Zurufe von der SPD)

Es nützt uns nichts, wenn wir nur den hiesigen Bestand erhalten; wir müssen auch wettbewerbsfähig bleiben. 10 % unserer Arbeitsplätze befinden sich in der stromintensiven Industrie, und bezahlbarer Strom ist ein großer Standortfaktor in Bayern.

Sie haben Kanada angesprochen, Herr Wörner. In Kanada sind die Strompreise prinzipiell niedriger als bei uns. Da kann man es sich vielleicht leisten, für alle einen einheitlichen Strompreis zu haben. Wir sind eines der Länder mit den höchsten Strompreisen. Der Strompreis ist ein absoluter Wettbewerbsfaktor. Die in

Rede stehende Regelung ist eine mittelstandsfreundliche Erweiterung.

Danke, Herr Hartmann, dass Sie es gesagt haben: Die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben. Es wird zu höheren Kosten kommen, und damit müssen wir umgehen. Diese kommende Belastung wird sich wahrscheinlich im Centbereich bewegen. Wir wissen auch noch nicht, wie es geht, aber es ist eine Erweiterung für den Mittelstand,

(Zurufe von der SPD)

und zwar für den stromintensiven Mittelstand. Wir werden diese Entlastung an den stromintensiven Betrieben ausrichten. Deswegen bitte ich, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf von der SPD: Das war aber dürrig, Frau Staatssekretärin!)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich warte so lange, bis Sie sich wieder beruhigt haben.

Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Für die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/10686 ist von der CSU namentliche Abstimmung beantragt worden. Die Urnen stehen an den beiden Eingangstüren und vorne beim Stenografischen Dienst. Die Abstimmung ist eröffnet. Es stehen dafür fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 9.50 bis 9.55 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmen werden außerhalb des Plenarsaals ausgezählt. Das Ergebnis wird zu gegebener Zeit hier mitgeteilt.

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Stellungnahme der Staatsregierung zu den Vorwürfen im Fall Mollath (Drs. 16/10687)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Inge Aures, Dr. Christoph Rabenstein und Fraktion (SPD)**

**Fernsehsendung ARD-Magazin "Report aus Mainz" Fall Mollath (Drs. 16/10699)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Streibl.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich bitte Sie, wieder die Plätze einzunehmen, damit wir mit der Beratung fortfahren können. Herr Streibl, jetzt haben Sie das Wort.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ein formaler Hinweis. Wir ändern unseren Antrag ein klein wenig; er lautet jetzt wie folgt:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz zu den geäußerten Vorwürfen in der Sendung "Report Mainz" vom 13. Dezember 2011 im Fall Gustl Mollath umfassend Stellung zu nehmen.

Meine Damen und Herren, am Dienstagabend wurde im ARD-Magazin "Report Mainz" über den Fall Gustl Mollath berichtet. Der überaus schockierende Titel dieses Beitrags lautete: "Unschuldig in der Psychiatrie?" In dieser Sendung wurde folgende Äußerung gemacht - ich zitiere "Report Mainz":

Dieser Mann, Gustl Mollath, durchlebt einen Albtraum. Er hält sich für unschuldig und sitzt dennoch hinter Gittern - genauer, seit mehr als fünf Jahren ist er eingeschlossen in psychiatrischen Anstalten. Wäre er unschuldig, wäre das ein Justizskandal ersten Ranges.

Wir, das Parlament, haben die Aufgabe, zu kontrollieren und aufzuklären. Deswegen fordern wir mit unserem Dringlichkeitsantrag eine umfassende Aufklärung dieses Falles und der Vorwürfe, die dazu geäußert worden sind. Deswegen haben wir diesen Dringlichkeitsantrag gestellt. Wir freuen uns darüber, dass die SPD unseren Antrag mit einem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag flankiert und damit das Anliegen unterstützt.

Zum Hintergrund: Im Jahr 2003 hat Herr Mollath gegen eine Bank und gegen seine Ehefrau wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung und des Verbringens von Schwarzgeld in die Schweiz Anzeigen erstattet. Er gibt an, dass seine Ehefrau mehrfach Kurierfahrten in die Schweiz getätigt habe, bei denen er sogar dabei war. Er habe seine Frau immer wieder dazu gedrängt, mit diesem Tun aufzuhören. Obwohl Herr Mollath detaillierte Angaben gemacht hat, wurde

von der Staatsanwaltschaft nicht ermittelt mit dem Argument, dieser Vorwurf sei ein pauschaler Verdacht ohne konkrete Angaben.

Auf eine Anfrage von Frau Margarete Bause hier im Plenum vom 29. November 2011 wurde geantwortet, es lägen keine konkreten Angaben vor. Es wurde nicht ermittelt. Stattdessen wurde gegen Herrn Mollath wegen des Verdachts der Körperverletzung ermittelt. Im Rahmen dieses Verfahrens wurde ihm Gemeingefährlichkeit attestiert. Im Urteil wird darauf eingegangen, dass die Schwarzgeldverschiebungen, von denen er spricht, Teil eines paranoiden Gedankensystems seien. Dies sei der Grund dafür, dass er als gemeingefährlich eingestuft wurde.

In der Sendung "Report Mainz" berichtet ein ehemaliger Schöffe, der an dem Urteil gegen Mollath mitgewirkt hat, dass dieses Urteil aus seiner heutigen Sicht ein Fehlurteil gewesen sei. Ein Freund der Familie Mollath bestätigt in dieser Sendung mit einer eidesstattlichen Versicherung, dass Frau Mollath ihm auch Schwarzgeldverschiebungen in die Schweiz angeboten habe.

(Zwischenruf von der CSU: Sind wir hier die Judikative?)

- Hören Sie einfach zu! Das Thema ist zu ernst.

Des Weiteren hat auch die Bank die Vorwürfe sehr ernst genommen. Sie bestätigt, dass die Ehefrau von Herrn Mollath weisungswidrig gehandelt habe, und entlässt sie deswegen aus dem Angestelltenverhältnis. Des Weiteren gibt es eine eidesstattliche Versicherung eines Richters, der sagt, dass Weisungen oder Anordnungen aus der Politik gekommen seien.

Hier muss aufgeklärt werden. Frau Ministerin, deshalb fordern wir FREIE WÄHLER Sie auf, den Sachverhalt aufzuklären, dazu Stellung zu nehmen und dem Ausschuss darüber ausführlich zu berichten; denn die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, hierüber Klarheit zu bekommen. Es stehen folgende Fragen im Raum: Warum hat die Staatsanwaltschaft die Strafanzeige nicht verfolgt? Gab es in diesem Fall Einmischungen seitens der Politik? Warum nahm die Bank den Fall ernster als die Staatsanwaltschaft?

Frau Ministerin, es ist Ihr Verantwortungsbereich. Sie müssen hier handeln. Seit wann wussten Sie über diesen Fall Bescheid? Seit wann kennen Sie die Anschuldigungen, die in "Report aus Mainz" erhoben worden sind? Seit wann wissen Sie von der eidesstattlichen Versicherung des Richters, der behauptet, hier habe sich die Politik eingemischt? Frau Ministerin, Sie sind aufgefordert, hier aufzuklären; denn es ist Ihr Haus, das Sie bestellen müssen. Sie müssen der

Öffentlichkeit Rede und Antwort stehen. Bis jetzt fordern wir Sie nur auf, das zu tun - nicht mehr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Aures. Anschließend hat sich Frau Staatsministerin Dr. Merk zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin Aures.

**Inge Aures (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass die FREIEN WÄHLER ihren Antrag an unseren Antrag angepasst haben; denn wir haben unseren Antrag extra so kurz formuliert, um dem Datenschutz gerecht zu werden. Das möchte ich meinen Ausführungen ausdrücklich voranstellen, weil es hier um Personen- und Datenschutz geht. Zur Behandlung dieses Falles ist das öffentliche Plenum des Landtags nicht geeignet, sondern wenn man gewillt ist, den Sachverhalt im Detail aufzuklären, muss das in nichtöffentlicher Sitzung geschehen.

(Beifall des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Es geht uns darum, dass die zwei Sachverhalte in aller Ruhe geprüft werden. Ich bitte die Frau Ministerin, dies auch in Ruhe zu tun; denn wer einen Antrag als Dringlichkeitsantrag einreicht, kann nicht erwarten, dass eine so lange Geschichte, die sich fast über sieben Jahre erstreckt, sofort detailliert beantwortet werden kann. Wir fordern guten Gewissens eine Ordnung und wollen den Sachverhalt geprüft wissen.

Es geht erstens um die Verfolgung des Vorwurfs der Steuerhinterziehung, also darum, dass wir darüber aufgeklärt werden, warum, wie und in welcher Form diese Vorgänge überprüft worden sind. Oder trifft es tatsächlich zu, dass man die Vorwürfe der Steuerhinterziehung und Verschiebung von Geld ins Ausland nicht verfolgt hat? Ich habe dazu einen Fragenkatalog vorbereitet, den ich aber nicht vorlesen, sondern Ihnen schriftlich zukommen lassen werde. Dann können Sie entsprechende Vorbereitungen treffen. Zweitens muss geprüft werden, warum dieser Mann nach wie vor in der forensischen Abteilung des Bezirksklinikums in Bayreuth untergebracht ist.

Ich möchte ausdrücklich sagen: Es ist eine Gratwanderung; denn wenn man die Akten, die man bekommt, liest, weiß man selber nicht, was richtig und falsch ist. Es geht darum: Jeder Mensch hat eine Menschenwürde. Es ist hier im Bayerischen Landtag unser Recht und unsere Pflicht, diesen Sachverhalt aufzuklären. Deshalb darf ich Sie herzlich um Aufklärung bitten. Wir sind einverstanden, dieses Thema in nichtöffentlicher Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht,

Parlamentsfragen und Verbraucherschutz zu behandeln. Dort haben auch wir Rederecht, sodass wir uns einbringen können. Dieser Sache können wir nur dienen, wenn wir detailliert, umfassend und genau aufgeklärt werden.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Frau Staatsministerin Dr. Merk hat sich nun gemeldet. Was mit den anderen Wortmeldungen passiert, werden wir danach sehen.

**Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium):** Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird der Eindruck erweckt, Herr Mollath sei untergebracht worden, weil er eine Strafanzeige erstattet habe. Das ist nicht richtig. Bei diesem Thema handelt es sich um zwei Sachkomplexe, die wir voneinander trennen müssen: Das eine ist die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus, das andere sind seine Strafanzeigen, die nach meiner Kenntnis im Übrigen erst nach der Anklageerhebung gegen Herrn Mollath kamen.

Zum ersten Komplex: Warum wurde Herr Mollath untergebracht? Das Landgericht Nürnberg hat mit rechtskräftiger Entscheidung festgestellt, dass er am 12. August 2001 in der gemeinsamen Wohnung grundlos mindestens 20-mal mit beiden Fäusten auf seine Ehefrau eingeschlagen hat. Er biss ihr außerdem in den Arm, bis sie blutete. Dann drückte er seine Frau zu Boden, setzte sich auf sie und würgte sie bis zur Bewusstlosigkeit. Anschließend trat er seiner wehrlos am Boden liegenden Frau mindestens dreimal gegen die untere Körperhälfte. Durch diese Gewalttaten erlitt seine Frau massive Verletzungen, die nach dem Vorfall ärztlich untersucht und dokumentiert wurden: Das sind Würgemale am Hals, großflächige Hämatome und eine blutende Bisswunde am Arm. Außerdem zerstach Herr Mollath zwischen Dezember 2004 und Februar 2005 die Reifen an Fahrzeugen der Rechtsanwälte seiner Ehefrau, des gegen ihn vollstreckenden Gerichtsvollziehers, eines im Strafverfahren bestellten Gutachters sowie allein 56 Reifen an Fahrzeugen einer Autofirma, die beauftragt war, Blumenvasen aus der ehelichen Wohnung zu holen. Dabei hat er die Reifen mit einem feinen Werkzeug zerstochen, sodass die Luft erst während der Fahrt nur langsam entwich und die Geschädigten in eine gefährliche Situation geraten konnten.

Die sachverständig beratene Strafkammer konnte nicht ausschließen, dass Herr Mollath in allen Fällen schuldunfähig war; denn er leide an einer paranoiden Wahnsymptomatik. Aufgrund seiner Erkrankung seien

weitere derartige Taten zu befürchten. Deswegen sei er für die Allgemeinheit gefährlich. Das ist der Grund, warum die Kammer am 8. August 2006 die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus angeordnet hat. Der Betroffene hat daraufhin Revision beim Bundesgerichtshof eingelegt. Der Bundesgerichtshof hat die Entscheidung des Landgerichts Nürnberg überprüft und bestätigt.

Diese Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus wird seither einmal im Jahr gerichtlich überprüft. Zuletzt hat das Landgericht Bayreuth am 9. Juni 2011, von einem renommierten forensischen Psychiater beraten, die Fortdauer der Unterbringung angeordnet. Die sofortige Beschwerde beim Oberlandesgericht Bamberg hatte keinen Erfolg. Auch der Petitionsausschuss des Bayerischen Landtags hat die Eingabe mehrerer Petenten auf Freilassung des Herrn Mollath im Gnadenweg mit Beschluss vom 7. Juli 2010 für erledigt erklärt. Soweit zu Komplex 1.

Nun zu Komplex 2, zu den davon klar zu trennenden Strafanzeigen von Herrn Mollath gegen seine frühere Ehefrau und andere Personen wegen Steuerhinterziehung: Diese Strafanzeigen stammen aus dem Jahr 2003, sie liegen also zeitlich nach den Misshandlungen seiner Ehefrau.

Der Dringlichkeitsantrag nennt hier eine eidesstattliche Versicherung eines früheren Richters, der behauptet, die Staatsanwaltschaft unterdrücke die Strafanzeige aufgrund einer Anordnung aus der Politik. Entschuldigen Sie bitte, aber das ist blanker Unsinn. Nur zur Vervollständigung seiner eidesstattlichen Versicherung: Dieser frühere Richter wurde für die Republikaner in den Nürnberger Stadtrat gewählt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie selbst haben in diesem Haus viele gestandene bayerische Staatsanwältinnen und Staatsanwälte erlebt. Lassen Sie mich rekapitulieren, was in den vergangenen Jahren geschehen ist. Sie wissen das aus der Presse. Glauben Sie ernsthaft, dass unsere bayerischen Staatsanwälte, die gegen Verantwortliche von Siemens in Nürnberg wegen des Kaufs von Betriebsräten Anklage erhoben haben, die gegen Siemens und MAN in München Geldbußen in Millionenhöhe verhängt haben, die Verantwortliche der Bayerischen Landesbank wegen des Erwerbs der Hypo Group Alpe Adria angeklagt und kürzlich die Deutsche Bank durchsucht haben, einen großen Bogen um die Hypo-Vereinsbank machen würden?

Die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth hatte damals in Kenntnis aller Unterlagen einen Anfangsverdacht verneint. Diese Entscheidung erschien nicht nur uns, sondern auch dem Rechtsausschuss des Bayerisch-

en Landtags vertretbar. Die HypoVereinsbank hatte bislang nicht bestätigt, dass sich die damalige Ehefrau Mollaths an den behaupteten Vorgängen beteiligt hat. Vorgestern hat "Report Mainz" erstmals eine Stellungnahme der HypoVereinsbank wiedergegeben, wonach sich auch die Ehefrau Mollaths im Zusammenhang mit Schweizer Bankgeschäften weisungswidrig verhalten habe. Die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth ist angesichts dieser Äußerungen gestern an die HypoVereinsbank herangetreten und hat schriftlich um Stellungnahme dazu gebeten.

Meine Damen und Herren, keiner von uns war bei der Verhandlung des Landgerichts dabei, in der Herr Mollath und seine damalige Ehefrau persönlich angehört wurden. Ich kann nur davor warnen, aus der Distanz einseitige Urteile über Staatsanwaltschaften, Landgerichte, Oberlandesgerichte, den Bundesgerichtshof und renommierte forensische Psychiater zu fällen. Klar ist eines: In einem Rechtsstaat wird keiner willkürlich in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht, nur weil er Strafanzeige erstattet. Herr Mollath hat nach den vom Bundesgerichtshof bestätigten Feststellungen des Landgerichts massive Gewalt gegen seine Ehefrau angewendet und unbeteiligte Dritte massiv gefährdet. Unabhängige Gerichte und renommierte Sachverständige halten ihn derzeit noch immer für allgemeingefährlich. Nur deswegen ist er in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht. Meine Damen und Herren, soviel zu Komplex zwei. Von einem Justizskandal kann wirklich keine Rede sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Heike.

**Jürgen W. Heike (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Kollegen! Zunächst eine Vorbemerkung: Herr Kollege Streibl, eigentlich ist es dem Hohen Hause nicht angemessen, solche Sachverhalte im Plenum zu beraten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der hier geschilderte Sachverhalt hätte allerhöchstens im Rechts- und Verfassungsausschuss überprüft und behandelt werden sollen.

Mit Ihrem Antrag, der jetzt modifiziert worden ist, haben Sie von vornherein gesagt: Das geht so nicht.

Im Übrigen sage ich ganz deutlich an alle Redner, die heute noch auftreten werden - das gilt auch für Sie -: Wir gehen davon aus, dass wir aufgrund der Petition des Herrn Mollath und aufgrund seiner Fernsehauftritte berechtigt sind, über diese Sache zu sprechen. An-

sonsten wäre eine Verletzung der Vertraulichkeit gegeben, die wir nicht wollen. Im Grunde genommen sollte dieser Mann geschützt werden.

Herr Kollege Streibl, ich sage gleich am Anfang: Ihr Antrag und die damit verbundene Begründung werden von uns nicht akzeptiert. Wir werden den Antrag ablehnen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie § 80 Nummer 1 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag, wonach eine Eingabe, die gerichtliche Verfahren und darin ergangene Entscheidungen zum Gegenstand hat, nicht behandelt wird, ernsthaft in Zweifel ziehen. Frau Staatsministerin Dr. Merk hat sehr deutlich auf die Anklagen gegen den Ehemann verwiesen, wegen Körperverletzung in Form von 20 gegen die Ehefrau gerichteten Fausthieben. Es gibt eine Bisswunde, die mit einer Narbenbildung abgeheilt ist. Es gibt mehrere Würgemale, die Frau wurde bis zur Bewusstlosigkeit gewürgt. Nicht zuletzt ist die bereits am Boden liegende Ehefrau dreimal getreten worden. Wochen oder Monate später hat sich eine Geiselnahme gegenüber der Ehefrau von eineinhalb bis zwei Stunden ereignet. Zum Schluss - das ist ebenfalls schon geschildert worden - ist ein gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr erfolgt. Die Reifen wurden in der Form beschädigt, dass der Schaden erst während der Fahrt aufgetreten ist. Dies ist bei hohen Geschwindigkeiten besonders gefährlich. Diese Angriffe ergingen gegen unbeteiligte Dritte, die das Pech hatten, mit jemandem befreundet oder bekannt zu sein, der Herrn Mollath nicht gepasst hat.

Deshalb kann ich die Art und Weise, wie Sie die Diskussion führen, nicht akzeptieren und nicht verstehen. Interessant ist, dass der Verurteilte die Taten eingeräumt hat. Das haben Sie schlichtweg nicht gesagt. Er hat seine Tat lediglich mit einer Schutzbehauptung begründet. Jeder von uns, der einmal als Strafverteidiger tätig war, kennt diese Schutzbehauptung. Sie lautet: "Ich habe mich nur gegen meine Ehefrau wehren müssen." Das war eine tolle Gegenwehr, vor allem die Geiselnahme, die er durchgeführt hat. Das aber nur am Rande.

Tatsache ist, das Gericht hat entschieden. Lassen Sie sich nicht von der Erklärung irritieren, dass er von dem Strafvorwurf freigesprochen worden ist. In diesem Zusammenhang muss man wissen, wenn jemand wegen paranoider Wahnsymptomatik - das wurde wortwörtlich so vom Sachverständigen geschrieben - eingewiesen wird, heißt das, dass keine Schuld zugerechnet werden kann. Deshalb erfolgt zwar nicht die strafrechtliche Verurteilung, jedoch die Einweisung in eine entsprechende Heilanstalt.

Das ist für mich entscheidend. In allen Instanzen sind diese Fakten gewürdigt und entschieden worden. Herr

Kollege Streibl, fair wäre es gewesen, wenn Sie gesagt hätten, dass auch der Bundesgerichtshof die Revision verworfen hat. Das gehört ebenfalls dazu. Im Rahmen dieser Diskussion habe ich den Eindruck, dass die FREIEN WÄHLER sagen: Alle Gerichte sind doof, nur wir FREIEN WÄHLER wissen, was Sache ist. So geht es jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Antrag der SPD: Frau Kollegin Aures hat zum Antrag der SPD gesprochen. Im Antrag der SPD geht es nicht mehr um § 80 Nummer 1 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag, sondern um die Frage, was die Staatsanwaltschaft gemacht hat. Selbstverständlich sind hierzu noch Fragen offen. Ein Schöffe hat jetzt angeblich eine andere Meinung. Frau Staatsministerin Dr. Merk hat bereits angekündigt, dass eine Stellungnahme angefordert worden sei. Des Weiteren soll ein Freund, der Zeuge gewesen ist, eine eidesstattliche Versicherung abgegeben haben. Ist das überhaupt eine eidesstattliche Versicherung? Wir wissen alle genau, dass nur auf der Grundlage der Formulierung "Ich erkläre an Eides statt" nicht automatisch eine eidesstattliche Versicherung ergeht. Haben Sie eigentlich die eidesstattliche Versicherung gesehen? Der Richter, der gesagt hat, dort sei irgendwas im Spiel, wird selbstverständlich befragt. Das ist für Sie ein gefährlicher Zeuge. Es handelt sich um den Mann, der im Nürnberger Stadtrat als Vertreter der NPD saß. Er hat sich auch dort nicht gerade überzeugend zu den entsprechenden Entscheidungen und Erklärungen geäußert. Das sage ich jetzt bewusst sehr vorsichtig.

Wir als Parlament sollten jedoch im Rahmen des Ausschusses diesen Sachverhalt aufklären. Das ist das Recht des Ausschusses. Wir sind mit dem Vorschlag der SPD-Fraktion einverstanden, wenn der Dringlichkeitsantrag dahin gehend geändert wird, dass die Worte "im Zusammenhang mit der Unterbringung" gestrichen werden, denn diese Passage betrifft den § 80 Absatz 1 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag. Dann wäre die Aufklärung möglich, und es wird über die Behandlung seiner Strafanzeigen zu berichten sein. Der Antrag würde dann folgendermaßen lauten:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die am 13. Dezember 2011 in dem ARD-Magazin "Report aus Mainz" gegenüber der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth erhobenen Vorwürfe über die Behandlung der Strafanzeige des Herrn Mollath zu berichten.

Darin ist alles enthalten, was wir wissen sollen, müssen und wollen. Deswegen würden wir diesem Antrag zustimmen.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege Heike, bitte geben Sie mir den Text. Die Antragsteller signalisieren, dass sie einverstanden sind und diese Änderung übernehmen werden.

Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Stahl. Bitte schön.

**Christine Stahl (GRÜNE):** Herr Präsident, meine Herren und Damen! Heute ist nur eines sicher: 2011 ist im Bereich der Steuerhinterziehung sehr viel mehr vorstellbar als noch im Juni 2003, als die ersten Anzeigen von Betroffenen an die Richterschaft und Staatsanwaltschaft gerichtet worden sind. Ich verweise darauf, dass die HVB beispielsweise im Jahr 2006 ihre Mithilfe bei Steuerhinterziehungen in den USA zugegeben hat. Dem Fiskus in den USA sind damals nach Auskunft des "Handelsblattes" 2,5 Milliarden Dollar verloren gegangen. Die HVB hat immer noch mehrere Beteiligungen oder eigene Tochterbanken in der Schweiz. Man erzähle mir also nicht, dass die HVB in der Schweiz anders agiert hat als in den USA, zumal der UBS-Chef Ermotti seit 2006 dem Aufsichtsrat der HVB angehört hat. Er war an diversen Steuersparmodellen und Abschreibungen auf den Cayman Islands beteiligt.

Frau Ministerin Dr. Merk, Sie werden nicht bestreiten, denn Sie haben die Wirtschaftsdelikte genannt, an denen die Staatsanwaltschaften gearbeitet haben, dass Banken flächendeckend an ominösen Steuerhinterziehungsstrukturen beteiligt waren. Eine Reihe von Steuerhinterziehungen sind aufgefliegen. Es kam zum Ankauf von Steuer-CDs, zu Selbstanzeigen bis in die Politik hinein. Es gab kein Unrechtsbewusstsein.

Was hat das mit dem vorliegenden Fall zu tun, der sich auf die frühe Zeit bezieht, in der das Bewusstsein noch nicht vorhanden war? - Mir ist nicht ganz klar, wieso man die Vorwürfe vonseiten der Staatsanwaltschaft keiner genaueren Untersuchung unterzogen hat. Wenn man das aber getan hat, wäre ich dankbar, wenn man uns im Ausschuss darüber berichten würde. Lag es tatsächlich an der Qualität der Angaben des Betroffenen? - Immerhin hat er Namen von Deck-Konten genannt. Ich sage nur "Monster", "DVD 6006" oder "Klavier". Das zumindest steht im Raum. Da solche Namen bekannt sind, ist aus meiner Sicht angesagt, zu überprüfen, was diese bedeuten.

Sie haben ausgeführt, dass es nicht nur die wahnhaften Hirngespinnste, wie sie im "Report aus Mainz" genannt worden sind, die paranoiden Wahnsymptome waren, die zur Einweisung in die Forensik geführt

haben. Sie haben sehr detailliert ausgeführt, was die weiteren Gründe waren, das heißt Gewalttaten, begangen an der Ehefrau. Wir werden den Berichtsantträgen zustimmen, und ich bitte um Nachsicht, dass wir uns etwa bezüglich der Reifenstecherei noch einmal kundig machen wollen. Herr Heike hat gesagt, der Betroffene hätte dies eingeräumt. Er hat das aber nicht getan. Das ist nicht unbedingt ein Beleg dafür, dass er unschuldig ist. Mich würde jedoch interessieren, welche weiteren Erkenntnisse vorliegen, dass er tatsächlich der Täter ist.

Ich frage auch, weil die beschriebenen Gewalttaten an der Ehefrau wirklich massiv waren, wieso es einen Strafbefehl in der Höhe von nur 1.000 Euro gegeben hat. Ich wäre sehr verbunden, wenn wir Aufklärung bekommen könnten. Ich will nicht zu sehr ins Detail gehen, aber beispielhaft aufzeigen, welche Fragen vorliegen. Ich möchte wissen, weshalb die Anzeige erst ein Jahr nach der Gewalttat erfolgt ist. Zur Debatte stehen auch die jeweiligen Gutachten, die zur Einweisung geführt haben. Im Raum bleibt auch die Frage stehen, wie die Gutachten erstellt worden sind. Wir haben sie nicht vorliegen.

Das Drama an der gesamten Geschichte ist, dass uns die Aktenlage nicht bekannt ist, weil wir die Akten nicht einsehen können. Das kann allenfalls der Verteidiger, der bei der Staatsanwaltschaft solches beantragt hat. Die Akten sind ihm mittlerweile wohl übersandt worden. Insgesamt wird es so sein müssen, dass das, wenn überhaupt, auf gerichtlicher Ebene geprüft werden muss. Allerdings ging das Verfahren schon bis zum OLG Bamberg, sodass es kaum mehr aufgerollt werden kann.

Ich kann mir sehr wohl Unregelmäßigkeiten der HVB in diesem Kontext vorstellen. Sie sind in Teilen auch bewiesen worden. Wir brauchen nicht darum herumzureden. Warum aber in dem Fall nicht geprüft wurde, wie anfangs von mir angemahnt, müsste herausgefunden werden. Es wird angeführt, dass die Hypo Vereinsbank nach interner Revision die ehemalige Ehefrau und weitere Personen entlassen habe, weil sie sich pflichtwidrig verhalten hätten. Auch hier muss man genauer hinsehen, ob das pflichtwidrige Verhalten im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis vorgeworfen wurde, weil, wie der Betroffene selbst in einer Anzeige geschrieben hat, sie parallel zu ihrem bestehenden Arbeitsvertrag eine Vermögens- und Anlageberatung durchgeführt hat, oder ob das pflichtwidrige Verhalten tatsächlich darauf zurückzuführen ist, dass sie Schwarzgeldkonten im Auftrag einer Reihe von Kunden bedient hat, die der Betroffene in einer Liste zusammengestellt hat.

All diese Fragen sind offen, und ich möchte sie gerne stellen. Wir sollten uns möglichst in einer nichtöffentlichen Ausschusssitzung mit den Gutachten auseinandersetzen. Wir sollten uns einig sein, dass ein Grund alleine, wie der Vorwurf, er sei wegen wahnhafter Hirngespinnste eingesperrt worden, nicht ausreichend ist. Man muss genauer hinsehen, ob andere Gründe vorliegen und wenn ja, welche ausschlaggebend waren. Wir werden den Anträgen zustimmen, da es Berichtsanträge sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Der nächste Redner ist Herr Dr. Fischer. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Andreas Fischer (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorwegschicken, dass ich mir nicht anmaßen kann, zu wissen, was in dem Fall, der heute Gegenstand der Debatte ist, passiert ist. Ebenso wenig kann und will ich ausschließen, dass ganz natürlicherweise immer die theoretische Möglichkeit besteht, dass jemand eine falsche Entscheidung trifft. Das kann überall passieren, wo Menschen arbeiten - auch in der Justiz. Deswegen ist Aufklärung sinnvoll. Aufklärung ist dort sinnvoll, wo sie unsere Aufgabe trifft. Wir haben die Ausführungen von Frau Staatsministerin Dr. Merk gehört. Wir haben die Antwort auf die Schriftliche Anfrage von Frau Kollegin Bause gelesen. Trotzdem gibt es Fragen, die wir noch beantwortet haben müssen. Dazu ist es aber sinnvoll, so meine ich, die Dinge sauber zu trennen.

Was den SPD-Antrag 16/10699 betrifft, der geändert worden ist, so beschäftigt sich dieser mit der Frage, ob die Staatsanwaltschaft versäumt hat, einem Verdacht nachzugehen, wonach Schwarzgelder ins Ausland transferiert worden sind. Ich halte es durchaus für begrüßenswert, dass im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz ein Bericht gegeben wird, denn Vorwürfe können stimmen. Die Frage, ob jemand in psychiatrischer Behandlung ist oder nicht, ist ein völlig eigener Komplex.

Anders verhält es sich mit dem Dringlichkeitsantrag 16/10687 der FREIEN WÄHLER. In ihm werden die beiden Sachverhalte zu einem vermischt und daraus ein "Fall M." konstruiert. Hierin liegt auch eine pauschale Unterstellung gegen die Justiz in Bayern als solche, die ich in der vorliegenden Form nicht akzeptieren kann.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dazu, Kolleginnen und Kollegen, müsste nicht eine Staatsanwaltschaft oder ein Gericht etwas versäumt

haben, sondern dazu müsste das gesamte System der Rechtsprechung in diesem Land bis hin zum Bundesgerichtshof versagt haben. Diese Unterstellung halte ich für äußerst bedenklich.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich möchte vor allem daran erinnern, wo unsere Kontrollaufgabe liegt. Sie besteht darin, Fehler im System, insbesondere im System der Staatsanwaltschaft, auffindig zu machen und zu überprüfen. Was wir nicht können, ist eine Art Superrevisionsinstanz zu bilden, die den Bundesgerichtshof ersetzt und ihm sagt: Du hast falsch entschieden, wir wissen das alles besser. Ich empfehle, Kollege Streibl, Artikel 97 Absatz 1 des Grundgesetzes oder Artikel 85 der Bayerischen Verfassung nachzulesen. Das ist manchmal äußerst hilfreich. Da steht nämlich etwas drin von der richterlichen Unabhängigkeit, die vom Grundgesetz und von der Bayerischen Verfassung garantiert wird. Wir können uns alles berichten lassen, aber wir dürfen nicht glauben, dass wir Entscheidungen der unabhängigen Justiz in diesem Land korrigieren können. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege Dr. Fischer, einen Moment bitte, wir haben eine Zwischenbemerkung. Dafür gebe ich das Wort dem Herrn Kollegen Peter Meyer. Bitte schön.

**Peter Meyer (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Dr. Fischer, und das gilt auch für den geschätzten Kollegen Heike, ich darf klarstellen, dass wir mit unserem Antrag der Justiz ganz gewiss nicht irgendetwas unterstellt haben.

(Zurufe von der CSU)

Wir haben Fragen gestellt, wie das in diesem Parlament zulässig ist, zu einem Vorgang, der öffentlich diskutiert wird. Ein Vorgang, für den es ein kräftiges öffentliches Interesse gibt. Hier sind Fragen zu stellen. Es werden Vorwürfe gegen die Justiz erhoben, der wir nichts vorwerfen. Deshalb haben wir nur Fragen gestellt.

Lieber Herr Kollege Dr. Fischer, Sie betonen die richterliche Unabhängigkeit. Das ist richtig. Es geht aber auch um die Frage, ob es Weisungen an die Staatsanwaltschaft gegeben hat. Diesbezüglich verweise ich auf unsere Aktivitäten in diesem Jahr, als wir vorgeschlagen haben, das Weisungsrecht an die Staatsanwaltschaft aus dem Gesetz herauszunehmen. Hierzu haben Sie diese Unabhängigkeit aber nicht. Die Frage, ob es Weisungen gegeben hat, steht im Raum. Wenn sie beantwortet wird, ist es in Ordnung. Die

Fragen sind aber zulässig. Gerade weil wir, die FREIEN WÄHLER, der Justiz vertrauen, genau deshalb meinen wir, die Justiz wird eine unvoreingenommene und ausführliche Prüfung gut vertragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bitte schön, Herr Kollege Dr. Fischer.

**Dr. Andreas Fischer (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Meyer, Sie benutzen einen hoch sensiblen und schwierigen Fall für eine politische Darstellung. Ich halte das für bedenklich. Wenn es um Sachverhaltsaufklärung gegangen wäre, dann hätten Sie die Fragen besser im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz gestellt. Das wäre besser gewesen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Harald Güller (SPD): Herr Dr. Fischer, Sie haben doch mit den Vorwürfen gegen die FREIEN WÄHLER begonnen!)

Ich sage es noch einmal, Ihr Antrag - und vielleicht sollten Sie Ihren Antrag einmal lesen - beschäftigt sich mit dem Fall.

(Harald Güller (SPD): Bis zu Ihrer Wortmeldung war das eine sachliche Debatte!)

Sie beschränken Ihren Antrag nicht auf die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft, sondern Sie verlangen einen umfassenden Bericht insgesamt.

(Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Wir wollen eine umfassende Stellungnahme! Was ist daran falsch?)

- Eine solche umfassende Stellungnahme betrifft die Tätigkeit der Justiz

(Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Wir stellen Fragen; was haben Sie gegen Fragen?)

und enthält auch eine Bewertung der Tätigkeit der Justiz. Das wissen Sie sehr gut.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Ich erteile als nächstem Redner Herrn Kollegen Schindler das Wort. Bitte, Herr Kollege Schindler.

**Franz Schindler (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich es, gelinde gesagt, unmöglich finde, wie dieser Fall hier ins Plenum gezogen worden ist. Der Betroffene ist nicht der erste und auch nicht der einzige, der in der Psychiatrie ist und behauptet, er sei zu Unrecht dort. Ich darf daran erinnern, dass wir jeden Tag Ein-

gaben mit genau dieser Behauptung bekommen. Im Rechtsausschuss haben wir dann die Aufgabe, uns solche Fälle anzuschauen, die Unterlagen durchzulesen. In 100 % - und ich sage hier bewusst: in 100 % - aller Fälle stellen wir fest, dass die Einweisung in die Psychiatrie, oder welche Entscheidung auch immer zugrunde liegt, aufgrund von Sachverständigenurteilen getroffen worden ist. In diesem speziellen Fall ist es nun so, dass nicht nur ein Gutachten vorliegt, sondern dass eine Vielzahl von Untersuchungen vorgenommen worden ist, wenn ich mich recht erinnere, zuletzt im Juni dieses Jahres. Das Argument "Ich sitze unschuldig in der Psychiatrie." - das müssen, mit Verlaub, doch alle wissen - kann allein nicht ausreichen, um dahinter einen Skandal zu vermuten.

(Beifall bei der SPD, der CSU und der FDP)

Es ist selbstverständlich unsere Aufgabe als Parlament, genau hinzusehen, wenn es Anhaltspunkte dafür gibt, dass etwas nicht richtig gelaufen ist. Es ist unsere Aufgabe, das genau anzusehen, zu untersuchen und uns ein Urteil zu bilden. Wir dürfen aber nicht den Eindruck erwecken, als hätten wir die Möglichkeit, eine gerichtliche Entscheidung aufzuheben, oder das auch nur zu wollen. Wenn wir damit anfangen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerät vieles ins Rutschen. Das sollten wir nicht tun.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe überhaupt keinen Grund, die Staatsanwaltschaft auch nur irgendwie zu verteidigen oder zu sagen, die Staatsanwaltschaft habe alles korrekt gemacht. Das weiß ich nicht. Dieser Komplex ist noch zu klären. Da bin ich auch immer dafür. Deshalb ist der SPD-Antrag auch so formuliert worden, wie er nun vorliegt.

Was mir aber, mit Verlaub gesagt, auffällt, ist, dass die FREIEN WÄHLER noch vor wenigen Wochen leidenschaftlich dafür plädiert haben, Staatsanwaltschaften sollten genauso unabhängig sein wie Gerichte. Jegliche Weisung, ob intern oder extern, müsse unterlassen werden. So haben Sie argumentiert. Wir haben dagegengehalten und gesagt: Das kann vom System her nicht sein. Die Staatsanwaltschaft ist eine hierarchische Behörde, und da muss es notfalls auch möglich sein, einzugreifen. Ich hoffe, es ist nicht häufig notwendig, einzugreifen, aber man kann nicht einerseits argumentieren, die sind unabhängig, denen dürfen wir keine Weisung erteilen, und andererseits dafür politische Verantwortung einfordern. Das geht nicht, meine Damen und Herren. Weil das so ist, haben wir unseren Antrag genau so formuliert, wie er vorliegt, in bewusster Abgrenzung zu dem Antrag der FREIEN

WÄHLER. Ich glaube, es war erforderlich, das hier einmal zu sagen.

(Beifall bei der SPD, der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Weitere Wortmeldungen zu diesen beiden Dringlichkeitsanträgen liegen nicht vor. Ich darf Ihnen zunächst bekannt geben, dass zum nächsten Dringlichkeitsantrag, der von den GRÜNEN eingereicht wurde, namentliche Abstimmung vonseiten der GRÜNEN beantragt wurde. Jetzt kommen wir aber zu den beiden Dringlichkeitsanträgen in der diskutierten Sache.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag 16/10687 der FREIEN WÄHLER abstimmen. Die Antragsteller haben hierzu während der Debatte eine inhaltliche Änderung vorgenommen. Danach sollen nach dem Wort "aufgefordert" die Worte eingefügt werden: "im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz". Wir stimmen in dieser geänderten Fassung über den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER ab. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Kollegen der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN sowie Frau Kollegin Dr. Pauli. Wer ist dagegen? - Das sind die Kollegen der CSU und der FDP. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag 16/10699 der SPD-Fraktion abstimmen. Auch dieser Antrag kommt in veränderter Fassung zur Abstimmung. Ich lese die geänderte Fassung kurz vor:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die am 13. Dezember 2011 in dem ARD-Magazin "Report aus Mainz" gegenüber der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth erhobenen Vorwürfe über die Behandlung der Strafanzeige des Herrn Mollath zu berichten.

(Jürgen W. Heike (CSU): Entschuldigung. Nicht dem Landtag, sondern im Ausschuss!)

- Im Ausschuss. Es muss also heißen: "... im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz (...) zu berichten."

Das wird von den Antragstellern so übernommen. Dann können wir jetzt darüber abstimmen. Wer dem Antrag in dieser Fassung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind alle Kolleginnen und Kollegen, wie ich sehe. Wer ist dagegen? - Niemand. Stimmenthaltungen? - Das ist dann einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den nächsten Dringlichkeitsantrag auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Verwendung der Mittel des Fonds "Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975" (Drs. 16/10688)**

Ich weise nochmals darauf hin, dass zu diesem interfraktionellen Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Ich darf Ihnen noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Wörner, Sonnenholzner und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "EEG-Umlage und Netzentgeltumlage: Ausweitung der einseitigen Belastungen für Privatverbraucher und Kleinbetriebe stoppen", Drucksache 16/10686, bekannt geben: Mit Ja haben 67 gestimmt, mit Nein 78; Stimmenthaltungen gab es 3. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Jetzt kommen wir aber zu dem interfraktionellen Dringlichkeitsantrag. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Ackermann. - Ich darf Sie um Ihr Wort bitten. - Bitte schön, Frau Kollegin Ackermann.

**Renate Ackermann (GRÜNE):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie wir alle wissen, wurde in den Fünfziger- und Sechzigerjahren in den Heimen den dort zu betreuenden Kindern großes Unrecht angetan: Sie wurden gedemütigt und mit Gefühlskälte und Lieblosigkeit behandelt, sie wurden missbraucht und misshandelt. 50 Jahre sind ins Land gegangen, in denen man darüber geschwiegen hat: Die Handelnden haben geschwiegen, die Verantwortlichen haben geschwiegen, und auch die Kinder haben geschwiegen, aus Scham und aus Angst.

Erst im Jahr 2009 ist es gelungen, nachdem immer mehr Fälle bekannt geworden sind und sich immer mehr ehemalige Heimkinder an die Öffentlichkeit gewagt haben, einen Runden Tisch "Heimerziehung" auf Bundesebene einzurichten. Dieser Runde Tisch hat dann zwei Jahre lang getagt. Anschließend hat er beschlossen, 120 Millionen Euro als Entschädigung an die betroffenen Heimkinder zu bezahlen. Der Betrag sollte sich auf mehrere Schultern verteilen: auf die Kirchen und auf die Länder.

Der Bayerische Landtag hat im Juli 2011 einen gemeinsamen Beschluss gefasst, in dem er sich zur historischen, politischen und moralischen Verantwortung

für dieses Unrecht, das den Heimkindern geschehen ist, bekennt. Bayern war das Bundesland mit den meisten Einrichtungen; hier war nämlich ein Drittel aller Einrichtungen in der Bundesrepublik. Das bedeutet, dass Bayern eine besondere Verantwortung zukommt. Bayern wird nach dem Königsteiner Schlüssel mit 7,2 Millionen Euro an dem gemeinsamen Fonds beteiligt.

Der Fonds "Heimerziehung" soll nun am 01.01.2012 seine Arbeit aufnehmen. In diesem Rahmen sollen die Länder für ehemalige Heimkinder niedrigschwellige Anlauf- und Beratungsstellen bereitstellen, die eine Lotsenfunktion, Beratung bei der Antragstellung und Sicherung und Sichtung der Akten zur Aufgabe haben. Zur Refinanzierung der Beratungsstellen in den Ländern stehen bis zu 10 % der Gesamtsumme des Fonds zur Verfügung, knapp ein Drittel der eingezahlten Summe. Bayern zahlt also 7,2 Millionen Euro ein; 2,18 Millionen Euro davon sollen in die Beratungsstellen fließen. Das bedeutet, dass dieser Betrag den ehemaligen Heimkindern nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar zugute kommt.

Wir fragen uns allerdings: Was will man mit dieser großen Summe von 2,18 Millionen Euro anfangen? - Wir haben einmal nachgerechnet: Es würde 30 Stellen ergeben. 30 Stellen für *eine* Beratungsstelle erscheinen doch etwas viel.

(Simone Tolle (GRÜNE): Im Vergleich zu anderen, vor allen Dingen!)

- So ist es.

Wir wollen deshalb wissen, ob der Freistaat Bayern beabsichtigt, die Mittel für die Beratungsstellen aus dem Fonds herauszunehmen und nicht den ehemaligen Heimkindern zugute kommen zu lassen, und wenn ja, wie viele Mittel für welche Leistungen abgerechnet werden sollen. Bei den Heimkindern hat die Entscheidung, dass ein Teil des Geldes, das eigentlich für sie gedacht war, jetzt in eine Beratungsstelle fließen soll, für große Empörung gesorgt.

Es gibt einen Arbeitskreis "Fondsumsetzung Heimerziehung". Dieser Arbeitskreis spricht von Vertrauensbruch und von Wortbruch und fordert, dass die Beratungsstellen ausschließlich aus Landesmitteln finanziert werden sollen und das eingesetzte Geld tatsächlich den Betroffenen zugute kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Länder sind keineswegs gezwungen, die Beratungsstellen aus dem Fonds zu finanzieren. Sie könnten das auch aus Eigenmitteln tun und den Betroffe-

nen die Fondsmittel in vollem Umfang zur Verfügung stellen.

Wir fordern den Freistaat Bayern deshalb auf, die Beratungsstellen ausschließlich aus Landesmitteln zu finanzieren. Nicht nur der Landtag, sondern auch der Ministerrat hat sich in einem Beschluss dazu bekannt, sich für die Heimkinder einzusetzen. Laut dem Ministerratsbeschluss will man die Betroffenen in Bayern nicht alleinlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wird aber erst dann glaubwürdig, wenn der Staat die finanzielle Verantwortung für die Hilfsangebote übernimmt.

Übrigens prüfen auch andere Bundesländer, ob sie die Beratungsstellen aus den Fondsmitteln finanzieren sollen. In Baden-Württemberg zum Beispiel fordern CDU und FDP die vollständige Kostenübernahme durch das Land.

(Simone Tolle (GRÜNE): Sehr schön!)

Sie wären also in guter Gesellschaft, wenn Sie sich dem heute anschließen würden.

Ich bin ganz zuversichtlich; denn nachdem Bayern immer Spitze ist, würde es sich damit sicher auch an die Spitze der Bewegung setzen, die sagt: Diese ehemaligen Heimkinder haben bereits so viel Leid erdulden müssen, sodass es nur recht und billig ist, wenn ihnen die gesamte Fondssumme zur Verfügung steht und nicht ein Drittel davon für eine Beratungsstelle abgezweigt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** - Halt, Frau Kollegin Ackermann. Ich darf Sie zurück ans Redepult bitten. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Dr. Bertermann. - Bitte schön, Herr Dr. Bertermann.

**Dr. Otto Bertermann (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin, mir gefällt die Richtung, in die Sie argumentieren. Sie müssen das aber mit konkreten Zahlen untermauern. Sie haben gesagt, 2,18 Millionen Euro seien zu viel. Wie viel wäre Ihrer Meinung nach denn nötig, was wir aus dem Landeshaushalt zuschießen müssten? Diese Zahl habe ich vermisst.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bitte schön, Frau Kollegin Ackermann.

**Renate Ackermann (GRÜNE):** Herr Kollege Bertermann, nach unserer Meinung soll kein Geld aus dem Fonds dafür verwendet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie viel die Beratungsstelle für welche Leistungen braucht, überlassen wir dem Ministerium. Die können sagen, wie viele Stellen sie schaffen wollen und wie viel diese Stellen kosten, damit eine fundierte Beratung gewährleistet wird. Wichtig ist uns, dass die Heimkinder nicht mit ihrem Geld die Beratungsstelle finanzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Frau Kollegin Ackermann. Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Bauer, bitte schön.

**Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch ganz kurz an den Hintergrund erinnern. Vor ziemlich genau einem Jahr legte der Runde Tisch "Heimerziehung in den 50er- und 60er-Jahren" seinen Abschlussbericht vor. Die Experten schlagen darin eindeutig vor, einen Fonds für individuelle Entschädigung - den Begriff "individuelle Entschädigung" finde ich ganz wichtig - zu schaffen. Ich betone: Es geht um Entschädigung und nicht um die Finanzierung einer Anlaufstelle, sehr geschätzter Kollege Bertermann. Ich habe einen Blick in den Brockhaus geworfen und die Definition von "Entschädigung" nachgeschaut. Demnach ist Entschädigung "Ausgleich für einen durch hoheitliches Handeln verursachten Schaden." Hier steht nichts von Verwaltungsaufwand und nichts von Bürokratie, und hier steht auch nichts von Abzweigung von Mitteln für andere Quellen. Das ist der Punkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Fonds soll grundsätzlich in zwei Teile gegliedert werden, nämlich zum einen in einen Rentenausgleichsfonds, der ungefähr 20 Millionen Euro enthält, und zum anderen in einen Fonds für Folgeschäden der Heimerziehung mit Mitteln in Höhe von 100 Millionen Euro. Aus Ersterem sollen jene entschädigt werden, die in Heimen zur Arbeit gezwungen wurden und für die der Arbeitgeber keine Sozialabgaben abgeführt hat. Den Betroffenen sollen die verloren gegangenen Rentenjahre in Form einer Einmalzahlung anerkannt werden. Das ist besonders wichtig, um Altersarmut zu verhindern. Aus dem zweiten Teil des Fonds sollen Therapieaufwendungen und auch andere Hilfen bezahlt werden, zum Beispiel ein Mietzuschuss für den Fall, dass ein ehemaliges Heimkind auf keinen Fall im Alter noch einmal in einem Heim leben möchte. Das ist aufgrund der schrecklichen Erfahrungen in seiner Jugend nur allzu verständlich. Diejenigen, die in einem Heim sexuell missbraucht wurden, sollen au-

ßerdem bei einem Runden Tisch eine zusätzliche Entschädigung beantragen können. Das ist nur recht und billig.

Es ist wichtig und leider auch nötig, dass wir uns heute mit diesem Thema beschäftigen. Kurz vor Weihnachten sollten wir uns doch zu einer gemeinsamen Lösung durchringen und die gesamten Fondsgelder den Geschädigten ungekürzt zukommen lassen. Unser gemeinsamer Antrag fordert deshalb die Staatsregierung dazu auf, den Fonds Heimerziehung in vollem Umfang für direkte Hilfen an die ehemaligen Heimkinder einzusetzen. Die Kosten für die Anlaufstelle sind ausschließlich aus den Landesmitteln aufzubringen. Wie hoch diese Mittel sind, hängt auch damit zusammen, wie viele Beratungsstellen geschaffen werden sollen; deswegen kann man die Mittel nicht beziffern. Das muss dann die Regierung entscheiden. Wichtig ist für uns, dass alle Mittel aus dem Fonds direkt den Geschädigten zugutekommen.

Ich bitte Sie um Fingerspitzengefühl; ich bitte Sie darum, den geschädigten Heimkindern einen finanziellen Ausgleich zu gewähren und davon kein Geld für Verwaltung oder Beratungsstellen abzuzweigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Bauer. Auch hierzu gibt es eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Dr. Bertermann. Bitte schön, Herr Kollege Dr. Bertermann.

**Dr. Otto Bertermann (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Ich habe mich wegen Ihrer Äußerung gemeldet, dass es kurz vor Weihnachten ist. Diesen Fonds muss man unabhängig von Weihnachten sehen; diese Mittel stehen den Kindern einfach zu.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der GRÜNEN)

**Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER):** Ich wollte nur darauf hinweisen, dass diese Beratungsstellen schon ab 01.01.2012 eingerichtet werden sollen. Daher ist das zeitliche Fenster sehr eng. Das war meine Einlassung zu Weihnachten.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Bauer. Herr Imhof, Sie sind der nächste Redner. Bitte schön, Herr Kollege Imhof.

**Hermann Imhof (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Renate Ackermann hat die Historie des ganzen Vorgangs dargestellt. Da ich ganz, ganz wenig Redezeit habe, sage ich nur:

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Renate, in der Diskussion über den Ablauf stimme ich dir völlig zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus allen Parteien, wir hatten im Sozialausschuss eine sehr ernsthafte Debatte, wie sie nicht jeden Tag oder jede Woche geführt wird. Ich glaube, alle stimmen darin überein, dass diese Debatte seriös und qualitativ gut war und der Ernsthaftigkeit des Themas entsprach. Herr Staatssekretär, stellvertretend für Ihre Mitarbeiter, die sich dieses Themas seit jeher in ausgezeichneter Weise annehmen, will ich Ihnen ein Dankeschön sagen. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren dort, wo die Übergänge zu gestalten waren, die Ansprechpartner und sind es noch, und zwar persönlich, per Telefon oder per Schriftverkehr. Die Betroffenen haben uns im Ausschuss wissen lassen, dass sie sich in ihrem seelischen Leid - auch das körperliche Leid war enorm - angenommen fühlen. Ein herzliches Dankeschön dafür!

Meine sehr verehrten, lieben Kollegen, wir haben uns im Ausschuss darauf geeinigt, dass wir den Betroffenen jetzt eine Plattform bieten. Wir laden sie dazu ein, schon im Januar oder Februar mit uns in den Dialog zu treten und im Dialog zu bleiben.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Der Fonds wurde mit 120 Millionen Euro ausgestattet; das ist richtig so. Auf Bayern entfällt der Anteil von 2,1 Millionen für die Anlauf- und Beratungsstelle. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Beratungsstelle soll höchst qualitativ ausgestattet werden und über fünfeinhalb Mitarbeiter verfügen, nämlich Psychologen, Sozialarbeiter und Verwaltungskräfte. Die Antragsteller erwecken den falschen Eindruck, als würden die Kosten für diese Arbeit ein Stück weit dem Fonds für die Hilfesuchenden entzogen. Genau über diese Aufarbeitung, über diese Arbeit - um mit ihren Anliegen aus dem Fonds bedient zu werden - geschieht die konkrete Hilfe. Es geht nicht nur um die materielle Frage, sondern eben auch um eine qualitative Beratung. Ich habe da eine große Sorge: In anderen Ländern wird schon darüber diskutiert, dass man relativ schnell Schilder über ein Versorgungsamt mit der Aufschrift "Anlauf- und Beratungsstelle" machen will. Unser Anliegen ist es aber, mit dieser Stelle Entscheidendes zu leisten.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege - -

**Hermann Imhof (CSU):** Es ist richtig, dass vom Runden Tisch keine ausdrücklichen Empfehlungen vorliegen, aber es ist auch richtig, dass es der Runde Tisch nicht verbietet, dass Länder gemäß den Anliegen des

Runden Tisches gemeinsam die Finanzierung vornehmen. Genau das wollen wir hier als Fraktion. Wir wollen auch zum Beispiel die Kirchen in die Verantwortung nehmen.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege, kommen Sie zum Ende.

**Hermann Imhof (CSU):** Das ist unser Anliegen. Deshalb können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen; denn alles, was Sie damit unterstellen - den unmittelbar Betroffenen würden Gelder entzogen -, stimmt nicht.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege Imhof, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Hermann Imhof (CSU):** Ja, ich bin fertig. - Deswegen werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Halt, Sie bekommen sogar noch extra Redezeit.

**Hermann Imhof (CSU):** Das ist ja super.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Frau Ackermann hat sich nämlich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Renate Ackermann (GRÜNE):** Herr Kollege Imhof, ich habe mich eigens gemeldet, um Ihnen Gelegenheit zu geben, zum Kern der Sache zu kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kern der Sache ist nämlich die Frage: Wer bekommt das Geld? Tatsache ist, dass die Heimkinder nur zwei Drittel des für sie vorgesehenen Geldes bekommen; das andere fließt in eine Beratungsstelle, die völlig überdimensioniert ist. Für andere Beratungsstellen sehen Sie nicht einen Bruchteil des Geldes vor, das Sie in diese Beratungsstelle investieren. Um nicht missverstanden zu werden, sage ich: Von mir aus können Sie die Beratungsstelle so gut ausstatten, wie Sie wollen, aber bitte nicht mit den Geldern, welche die Heimkinder aufgrund ihres erlittenen Leides bekommen sollen und das ihnen wirklich zusteht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Sie haben hier den Eindruck erweckt, als müsste das Land das so machen. Das ist nicht wahr. Das ist die freie Entscheidung eines jeden Landes. Bayern entscheidet sich offensichtlich dafür - jedenfalls tut das die Mehrheitsfraktion -, den Heimkindern das Geld ab-

zuzwacken. Herzlichen Glückwunsch und frohe Weihnachten!

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Frau Kollegin Ackermann. Bitte, Herr Kollege Imhof.

**Hermann Imhof (CSU):** Genau diese Unterstellung, Frau Ackermann, ist grundfalsch. Denn es geht um die Frage: Wie qualifiziert arbeitet diese Beratungsstelle?

(Widerspruch der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

- Doch, das ist die Frage. - Das rechnen Sie in Bargeld um, während wir konkret sagen: Die Leistung dieser Beratungsstelle ist finanziell überhaupt nicht aufzurechnen. Sie wird nicht durch den Fonds finanziert. Die Leistung kommt den Betroffenen durch Hilfe unmittelbar zugute. Beim Landesjugendamt wird die Beratung hoch professionell gemacht.

Die Grundintention des Runden Tisches war zu Recht, alle mit ins Boot zu nehmen. Wenn sich das Bundesland Bayern von der Drittelung bzw. Viertelung verabschiedet - die Kommunen sind leider nicht mit eingestiegen -, dann machen auch alle anderen Länder bezüglich der Qualität, was sie wollen. Dies ist aber nicht unsere Intention. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege Bertermann macht noch eine Zwischenbemerkung.

**Dr. Otto Bertermann (FDP):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Imhof, wenn ich Sie richtig verstanden habe, geht es um Folgendes. Auf der einen Seite sagt Rot-Grün: Die 2,18 bzw. 2 Millionen Euro sind Verwaltungskosten. Auf der anderen Seite sagen Sie: Das ist Teil des Behandlungskonzepts, das hier integriert ist. Das ist etwas Unterschiedliches. Was stimmt denn nun?

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bitte, Herr Kollege Imhof.

**Hermann Imhof (CSU):** Es gibt zwei Zahlen, Herr Kollege Bertermann. Die eine Zahl des Königsteiner Schlüssels ist der Anteil Bayerns an den 120 Millionen Euro, nämlich 7,2 Millionen Euro; das betrifft den Gesamtfonds. Heruntergebrochen auf die Beratungsstellen liegt die Zahl nach dem Königsteiner Schlüssel bei etwa 2,1 Millionen Euro.

Wir entnehmen aus diesem Fonds 2,1 Millionen Euro. Dafür stellen wir eine Beratungsstruktur zur Verfügung, die sich in ihrer Professionalität gewaltig von

anderen Intentionen unterscheidet. Ich behaupte und bin sicher, dass das richtig ist, dass die Beratungsarbeit des Landesjugendamts, die an dieser Stelle mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern übrigens die höchste Akzeptanz hat, den Betroffenen unmittelbar zugutekommt, die sonst unendlich viele Anträge stellen müssen, um im Bundesfonds zu landen.

Was ich sagen wollte, ist, dass die Interpretation, die jetzt stattfindet, völlig falsch ist.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Pfaffmann. Ihm folgt Frau Kollegin Meyer.

**Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schade, dass es sich bei diesem wirklich schwierigen Thema der deutschen Geschichte in diesem Hohen Haus ausschließlich um die Frage dreht, ob man eine Finanzierung hinkriegt oder nicht. Ich finde dies nicht ganz angemessen, weil das Leid, das den Menschen angetan wurde, mit Geld überhaupt nicht auszugleichen ist. Das stelle ich hier einmal fest.

Die Kinder wurden damals seelisch und körperlich auf das Schwerste misshandelt. Sie wurden in Heime gesteckt. Sie hatten in der damaligen Gesellschaft kein Recht und wohl auch keinen Wert. Man darf auch sagen: Für diese Kinder galt das Grundgesetz nicht. Sie waren wert- und rechtlos. Deswegen ist es nicht angemessen, hier nur über fiskalische Dinge zu reden.

Wer Näheres wissen will, dem empfehle ich die Lektüre der Anklage eines Betroffenen, der im sozialpolitischen Ausschuss am 13. Oktober 2011 vorgetragen hat. Der Betroffene Richard Sucker hat im Ausschuss erklärt, wie es damals in den Heimen zugegangen ist. Was er gesagt hat, hat jeden überfraktionell komplett erschreckt und beeindruckt.

Deswegen finde ich es sehr angemessen, wenn das Haus über diese Frage diskutiert. Oft gehen die Schicksale dieser Heimkinder an der Öffentlichkeit vorbei. Es ist also gut, dass wir uns hier damit beschäftigen. Dem Thema wäre es angemessen, wenn wir uns mit der Sache selber befassen, nicht allein mit der Finanzierung.

Ich finde es ein bisschen läppisch, wie hier begründet wird. Herr Imhof, Sie haben recht, dass der Ausschuss seriös und inhaltlich darüber diskutiert hat. Aber über Ihre Wortmeldung war ich ein bisschen erschrocken. Denn Sie haben die Frage gestellt: Wie

qualitativ hochwertig arbeiten die Beratungsstellen? Ich werde Ihnen die Frage beantworten: Selbstverständlich hoch qualifiziert. Wir sind zufrieden. Die Beratungsstellen leisten beste Arbeit. Aber das hat doch nichts damit zu tun, dass Sie die Mittel für die individuelle Hilfe zugunsten der Betroffenen dafür verwenden, die hoch qualifizierte Arbeit zu bezahlen. Die bundesweit zur Verfügung gestellten 120 Millionen Euro sind für die individuelle Hilfe bestimmt, die den Betroffenen direkt zugutekommen soll. Direkt!

(Beifall bei der SPD)

Ich bedaure außerordentlich, dass die Vereinbarung davon ausgeht, dass man von den 120 Millionen Euro die Verwaltungskosten abziehen kann. Diese Möglichkeit gibt es; aber ich bedauere sie. Es würde diesem Parlament gut anstehen, wenn es für die Finanzierung der Beratungsstellen sorgt, damit das Geld nicht von den Mitteln abgezogen wird, die der individuellen Hilfe dienen sollen. Dies würde ich für den falschen Weg halten.

Der Fonds sieht 120 Millionen Euro vor. Ich wage zu behaupten, dass das die untere Grenze der Wiedergutmachung ist. Ich bezweifle sowieso, dass allein mit Finanzaufweisungen wiedergutzumachen ist, was damals angerichtet wurde. Wir sollten die Größe haben - Weihnachten hin oder her -, die minimale Wiedergutmachung auf der finanziellen Ebene so zu belassen und alle Verwaltungskosten anderweitig zu decken. Eine solche Geste wäre der Diskussion angemessen.

Ich bin also für das aufgezeigte Verfahren. Wir werden dem Antrag zustimmen.

Lieber Herr Imhof, zum Schluss sage ich: Bayern hat tatsächlich eine besondere Verantwortung. Wir hatten in Bayern über 200 Heime, die mit über 20.000 bayerischen Kindern immer voll belegt waren. Die Kinder wurden misshandelt. Für sie haben keine Rechte gegolten. Das Grundgesetz hat für sie nicht gegolten. Sie sind seelisch auf das Schlimmste behandelt worden. Sie wurden den Eltern entzogen. Die Suche nach den Eltern wurde behindert. Den Eltern wurde verschwiegen, dass die Kinder in den Heimen sind.

Angeichts dessen sollten wir, lieber Herr Bertermann, nicht darüber diskutieren, ob wir die Beratungsstellen aus dem Haushalt finanzieren und im Übrigen das Geld direkt an die Betroffenen weiterleiten. Dies entspricht auch den Forderungen des Verbandes der Betroffenen. Dem sollten wir uns nicht verschließen. Was sind schon 2 Millionen Euro aus dem Staatshaushalt Bayerns! Was ist das schon angesichts des Leides, das die 20.000 Kinder damals ertragen mussten!

(Beifall bei der SPD)

Deswegen appelliere ich nochmals an die Regierungsfractionen, dem Antrag zuzustimmen. Einstimmigkeit wäre ein gutes Zeichen und würde den Willen zur Wiedergutmachung unterstreichen. Wenn Sie hier den Antrag mit der etwas schwierigen Begründung der Qualität der Beratungsstellen ablehnen, dann ist das diesem Thema nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Meyer.

**Brigitte Meyer (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Pfaffmann, ich schließe mich Ihrem Bedauern an, dass wir hier im Hohen Haus bei dieser heiklen Thematik über Finanzen reden müssen. Gerne bestätige ich Ihnen, dass keiner, der an der betreffenden Sitzung des Sozialausschusses teilgenommen hat, in der der Heimkinder ihre Erfahrungen geschildert haben, unberührt geblieben ist. Wir waren alle zutiefst erschüttert. Deshalb würde ich mir auch wünschen, heute einen Konsens zu finden. Allerdings bitte ich die Staatsregierung, einen Punkt ausdrücklich klarzustellen. Es wird der Eindruck erweckt, dass die Mittel für die Beratungsstellen, wenn sie nicht eingerichtet würden, den ehemaligen Heimkindern zugutekämen. Das ist nicht der Fall. Aufgrund der Verwaltungsvereinbarung, die bundesweit abgeschlossen wurde, würden sie dieses Geld nicht bekommen. Wenn wir heute erneut an dieser Thematik rütteln, kann schlimmstenfalls diese Verwaltungsvereinbarung von vorn aufgerollt werden und die betroffenen Menschen, die inzwischen ein bestimmtes Alter erreicht haben, müssen eventuell noch länger auf ihre Entschädigungen warten. Ich bitte die Staatsregierung noch einmal, das deutlich klarzustellen. Es geht nicht darum, dass wir Geld abzwicken wollen.

Selbstverständlich ist es ein besonderes Anliegen der Bayerischen Staatsregierung, die Beratungsstellen optimal im Sinne der Betroffenen auszustatten. Denn hinter jedem Verwaltungshandeln stehen auch immer Menschen. In Bayern arbeiten im Ministerium verantwortungsvolle Menschen, die eine hohe Sensibilität gegenüber dieser Thematik haben und sich aus vollem Herzen mit der Problematik identifizieren. Es ist ihnen ein hohes Anliegen, dass die betroffenen Menschen das bekommen, was ihnen zusteht.

Es ist schade, dass die Gemeinsamkeit, die sich bereits in Resolutionen ausgedrückt hat und sich auch in dem Runden Tisch widerspiegelt, den wir einführen wollen, jetzt im Hohen Hause eventuell nicht mehr zu

finden sein wird. Deshalb ist es mir ein Anliegen, deutlich zu machen, dass wir den Heimkindern auf keinen Fall schaden wollen. Wir wollen Optimales für sie erreichen, sehen aber den Weg, der mit diesem Antrag eingeschlagen werden soll, nicht als richtig an. So viel von meiner Seite. Ich bitte nochmals um Aufklärung vonseiten der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Frau Kollegin Meyer, bleiben Sie noch einen Moment am Mikrofon. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Frau Kollegin Ackermann. Bitte sehr, Frau Kollegin.

**Renate Ackermann (GRÜNE):** Frau Kollegin Meyer, stimmen Sie zu, wenn ich sage, über den Willen der Heimkinder hat man sich jahrelang hinweggesetzt? Sie durften nicht bestimmen, was für sie gut ist. Das haben andere getan. Damit hat man ihnen Schaden zugefügt, der bis in die Gegenwart reicht. Stimmen Sie mir zu, dass es mit gefühlvollen Worten der Anteilnahme für diese Heimkinder nicht getan ist?

Stimmen Sie mir zu, dass es vielleicht gut wäre, ein einziges Mal dem Willen der Heimkinder stattzugeben? Deren Wille ist es, dass dieses Geld nicht in den Fonds fließt, sondern an die Heimkinder geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Brigitte Meyer (FDP):** Sehr geehrte Frau Kollegin Ackermann, es ist eine Unterstellung, wenn Sie behaupten, wir produzierten nur gute Worte, wollten nur schönreden und meinten es in der Sache nicht so ehrlich wie Sie. Das möchte ich mit Nachdruck zurückweisen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Renate Ackermann (GRÜNE): Dann können Sie unserem Antrag doch zustimmen!)

Ich habe bereits betont, dass das ein echtes Anliegen für uns alle und auch für die Behörden ist.

(Zurufe von der SPD)

Natürlich haben Sie recht, dass das jahrelang nicht in unser Bewusstsein drang und niemand darüber geredet hat.

Allerdings möchte ich noch einmal deutlich machen, dass die Verwendung der Mittel des Fonds "Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland" eine bundesweite Angelegenheit ist. Selbst wenn wir uns jetzt in Bayern entscheiden, dieses Geld den Betroffe-

nen auszuzahlen, ist noch lange nicht gesagt, dass diese Beratungsstellen auch in den anderen Bundesländern entsprechend ausgerüstet werden.

(Zurufe von der SPD)

Die bayerischen Heimkinder haben einen ganz engen Kontakt zum Ministerium und auch zu uns. Ich glaube, von den Heimkindern kommen die Wünsche nicht, die Gelder umzuleiten.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Das war die eine Zwischenbemerkung. Jetzt hat Kollege Pfaffmann Gelegenheit für seine Zwischenbemerkung. Bitte sehr.

**Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Es darf in dieser Frage keinen Streit geben und deswegen möchte ich noch einmal die Betroffenen in den Vordergrund stellen. Liebe Frau Meyer, ich weiß ganz genau, dass Sie persönlich durchaus zustimmen würden, wenn Bayern ein zusätzliches Zeichen setzen würde, indem es die Verwaltungskosten übernimmt. Ich weiß aber auch, dass das in der Koalition umstritten ist und dass das an dieser Meinungsverschiedenheit scheitert.

(Zuruf von der CSU: So ein Schwachsinn!)

Würden Sie mir zustimmen, Frau Meyer, wenn ich behaupte, dass diese 2,1 Millionen Euro, die zur Finanzierung der Beratungsstellen von der individuellen Hilfe für die Betroffenen abgezogen werden, den Betroffenen nicht mehr zur Verfügung stehen? Wissen Sie, dass die Kolleginnen und Kollegen Ihrer Fraktion in den anderen Bundesländern ebenfalls darüber nachdenken, die Kosten selbst zu übernehmen, damit den Betroffenen die volle individuelle Hilfe zur Verfügung steht?

Sind Sie nicht auch der Meinung, liebe Frau Meyer, dass es ein großartiges Zeichen des bayerischen Parlaments wäre, aus einem Milliardenhaushalt - sagen wir - 1,5 Millionen bis 2,5 Millionen Euro als zusätzlichen Beitrag zur Finanzierung einer Beratungsstelle auszuweisen mit der Begründung, die gesamte Hilfe sollte ohne einen Cent Abzug den Betroffenen zugutekommen? Das wäre doch die bessere Variante, liebe Frau Kollegin Meyer.

(Beifall bei der SPD)

**Brigitte Meyer (FDP):** Wenn Bayern nun sagen würde, das Land wolle darauf verzichten, diese Gelder zu erheben, dann wäre das eine andere Situation. Aber ich denke, der Herr Staatssekretär wird uns verdeutlichen, was das bedeutet.

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

Es würde bedeuten, zusätzliche Mittel im Haushalt außerhalb dieses Fonds, den wir in einer bundesweiten Verwaltungsvereinbarung gemeinsam erarbeitet haben, einzustellen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Ich bin nicht die Staatsregierung.

(Georg Schmid (CSU): Aber in der Regierungskoalition! - Anhaltende lebhafte Zurufe von der SPD)

Ich bin Mitglied im Parlament und in der Regierungskoalition.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Aber es wäre für Sie doch eine soziale Tat!)

- Das würde ich Ihnen auch manchmal gerne mit auf den Weg geben, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Georg Schmid (CSU): Sehr gut!)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Meyer. Wie von Ihnen schon angekündigt, äußert sich jetzt die Staatsregierung. Bitte sehr, Herr Staatssekretär Sackmann.

**Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst dafür danken, dass das Hohe Haus dieses Thema so angemessen diskutiert. Hier ist Menschen in vielfacher Hinsicht Unrecht geschehen, und es ist richtig und wichtig, dieses Thema aufzuarbeiten und endlich tätig zu werden.

Herr Kollege Pfaffmann, ich habe gerade mit meinen Mitarbeitern darüber gesprochen, wie es in den anderen Bundesländern aussieht. In Baden-Württemberg beispielsweise wurde die Verwaltungsvereinbarung im dortigen Landtag beraten. Damit ist Baden-Württemberg dem Land Bayern einen Schritt voraus. Entscheidend ist aber, dass sich auch die anderen Bundesländer bereits Gedanken machen und sich ihrer Verantwortung stellen. In der Schaffung dieser Stellen ist das bayerische Engagement deutlich zu erkennen. Das ist und bleibt für uns ein ganz wichtiger Punkt. Ich komme gleich darauf, warum das für uns so wesentlich ist. Manche Länder wollen es abgeben. Darüber hat Kollege Imhof schon gesprochen. Es gab bei manchen Ländern die Überlegung, ein entsprechendes Schild am Eingang der Versorgungsämter anzubringen. Damit wäre dann allen Genüge geleistet. Aber auf diese Weise würde mit diesem Thema nicht adäquat umgegangen. Deswegen bin ich froh, dass wir hier einen anderen Weg einschlagen wollen.

Wie viel Geld Bayern aus diesem Fonds erhält, ist schon gesagt worden. Auf den Freistaat entfallen 7,2 Millionen Euro. In diesem Zusammenhang möchte ich gerne noch mal auf die Empfehlungen des Runden Tisches hinweisen. Diese Empfehlungen sollten wir in unsere Diskussion einbeziehen. In einem der Punkte kommt zum Ausdruck, dass für die Rentenleistungen 20 Millionen Euro vorgesehen sind. Diese Rentenleistungen kommen den Betroffenen als direkte finanzielle Leistungen zugute. 20 Millionen Euro gibt es dafür.

Bei dem Fonds im Umfang von 120 Millionen Euro sind 100 Millionen vorgesehen, um Folgeschäden auszugleichen. Das betrifft therapeutische Hilfen, Sicherstellung von Therapien, Kostenübernahme in Bezug auf Leistungsträger, Kostenübernahme für Verwandtensuche, Akteneinsicht, Fahrten zur damaligen Einrichtung oder die Veröffentlichung von Biografien. Die 100 Millionen Euro sollen also das abdecken, was zusätzlich mit dabei ist. Genau dafür stellen wir 5,5 Stellen zur Verfügung, die nicht allein der Verwaltung zugerechnet werden, sondern Berufsgruppen wie Psychologen oder Sozialpädagogen umfassen. Das Vorgehen ist eng mit den ehemaligen Heimkindern besprochen. Wir werden in diesem Zusammenhang auch einen eigenen Fachbeirat einsetzen, der sich mit aus ehemaligen Heimkindern zusammensetzt. Auf diese Weise soll diese Fachstelle entsprechend begleitet werden.

Noch einmal in aller Deutlichkeit: 20 Millionen Euro werden als Renten direkt an die Betroffenen gezahlt und 100 Millionen Euro sind für Folgeschäden vorgesehen. Es war nicht beabsichtigt, dass dieses Geld direkt ausgezahlt wird. Wir schaffen eine Beratungsstelle, die hoch kompetent besetzt ist. Ich höre inzwischen, dass sich andere Länder an uns orientieren, weil wir einen Standard schaffen. Deswegen bitte ich Sie ganz herzlich, davon abzusehen, weiter Kritik zu üben. Wir handeln entsprechend der Empfehlung des Runden Tisches, wie sie uns vorgegeben worden ist.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Es wurde eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Ackermann angemeldet. Bitte schön.

**Renate Ackermann (GRÜNE):** Herr Staatssekretär Sackmann, ich glaube, Sie verwechseln hier einiges. Die Rentenzahlungen haben erst einmal gar nichts damit zu tun. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass es ehemalige Heimkinder gibt, die überhaupt nicht in den Genuss der Rentenzahlungen kommen können, weil sie überhaupt nicht berücksichtigt werden, da es sich

im gegebenen Zeitraum um Kleinkinder oder Babys gehandelt hat. Also läuft Ihr Argument völlig ins Leere. Sie vertuschen damit nur, dass der Freistaat Bayern nicht gewillt ist, für diese Kinder die Beratungsstelle zu finanzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium):** Frau Kollegin Ackermann, es ist genau umgekehrt, Sie verdrehen die Tatsachen. Wir handeln dem Sinn und Zweck der Empfehlungen entsprechend. So habe ich das auch dargestellt. Ich werde bei Ihnen wahrscheinlich auch keine weitere Überzeugungsarbeit leisten können. Ich kann lediglich noch aus der Satzung zitieren, die der Verwaltungsvereinbarung zugrunde liegt. Dort heißt es, dass der Zweck des Fonds die Unterstützung ehemaliger Heimkinder umfasst, um die Zeit ihrer Heimunterbringung aufzuarbeiten. Genau dafür soll diese Stelle geschaffen werden. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Pfaffmann hat ebenfalls eine Zwischenbemerkung angemeldet. Bitte schön, Herr Pfaffmann.

**Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wenn es Ihnen nicht gefällt, worüber wir hier diskutieren, dann müssen Sie nicht zuhören. Ich finde, dass dieses Problem hier angemessen angesiedelt ist, auch wenn Ihnen das nicht gefällt. Die Unruhe und die Protestkundgebungen bei Nachfragen sagen vieles.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Würden Sie mir in Bezug auf den folgenden Umstand antworten: Es geht nicht um die Frage, dass der Freistaat Bayern die Vereinbarungen nicht einhält. Darum geht es nicht. Es geht um die Frage, ob der Freistaat Bayern bereit ist, dem Fonds zusätzlich circa zwei Millionen Euro bereitzustellen, um sicherzugehen, dass jeder Cent den Betroffenen zugutekommt und nicht für den Unterhalt von Verwaltungsstrukturen abgezogen wird. Darum und um nichts anderes geht es.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Langsam kann man dabei hantig werden. Ich darf daran erinnern: Wenn man den Haushalt Bayerns durchforstet, die einzelnen Positionen durchgeht und die Titel begutachtet, wofür Geld ausgegeben wird - ich will keine Aufzählung vornehmen -, dann behaupte ich: 2,2 Millionen Euro für 20.000 ehemalige Heimkinder, die in diesem Land misshandelt wurden, sind bestimmt nicht hinausgeschmissenes Geld, wobei ich bei der einen oder anderen Position im Staatshaushalt

sehr wohl behaupten würde, dass es sich um rausgeschmissenes Geld handelt. Deswegen wollen wir mit Engagement dafür werben, dass dieses Haus sagt: Wir wollen diese Stelle für zwei Millionen zusätzlich finanzieren. Dann bekommen die Betroffenen ihr Geld zu 100 %, und das will dieses Land. Offensichtlich wollen Sie es aber nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Staatssekretär, bitte.

**Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium):** Lieber Herr Kollege Pfaffmann, jetzt werde ich langsam hantig, weil Sie etwas unterstellen, das nicht der Realität entspricht. Diese Anlaufstelle ist im Sinne dessen, was in dem Fonds vorgesehen ist. Es handelt sich um keine Verwaltungsstelle, sondern es wird Hilfestellung gegeben. Darüber hinaus wird beraten und eine Unterstützung gewährleistet. Genau dies ist im Fonds vorgesehen. Wir ziehen da nicht irgendwelche Gelder ab, sondern handeln im Sinne der Empfehlung des Runden Tisches. Nehmen Sie es einfach zur Kenntnis und akzeptieren Sie es.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Wenn mir signalisiert wird, dass die Urnen bereit sind, beginnen wir mit der Abstimmung. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 11.26 bis 11.31 Uhr)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmkarten werden außerhalb des Plenarsaals ausgezählt. Das Ergebnis wird später bekannt gegeben. Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Ich darf darauf hinweisen: Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/10689 mit 16/10692 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 27 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur am 30. November 2011 Herrn Kollegen Oliver Jörg zum Vorsitzenden gewählt hat. Ich gratuliere dazu herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Außerdem gebe ich gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung folgende von den Fraktionen der CSU und der FDP mitgeteilte Ausschussumbesetzungen bekannt: Für den ausgeschiedenen Kollegen Gerhard Wägemann wurde Herr Kollege Jürgen Ströbel als neues Mitglied der Ausschüsse für Bildung, Jugend und Sport sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten benannt. Anstelle des ebenfalls ausgeschiedenen Kollegen Christian Meißner wird Herr Kollege Alexander König neues Mitglied des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit. Für die Kollegen Alexander König und Walter Taubeneder wird Herr Kollege Ludwig Freiherr von Lerchenfeld neues Mitglied der Ausschüsse für Umwelt und Gesundheit sowie für Eingaben und Beschwerden. Anstelle der Kollegin Renate Will wird Herr Kollege Dr. Otto Bertermann neues Mitglied des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich noch bekannt, dass die CSU-Fraktion anstelle von Herrn Wägemann Herrn Kollegen Josef Zellmeier als neues Mitglied des Landessportbeirates benannt hat.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um entsprechende Kenntnisnahme.

### **Weihnachts- und Neujahrswünsche**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist geschafft. Uns allen ist bewusst, dass die Tagesordnung umfangreich war. Das ist immer so am Jahresschluss. Wir haben mit der heutigen Sitzung unser parlamentarisches Jahr abgeschlossen. Ich möchte noch in aller Kürze einige Bemerkungen machen.

Ich weiß natürlich und wir wissen alle um die vielfältigen mit Ihrem Mandat verbundenen Aufgaben. Für Ihr engagiertes Wirken in den verschiedenen Gremien des Hauses und auch zu Hause in Ihren Stimm- und Wahlkreisen danke ich Ihnen allen sehr, sehr herzlich. Allen Kolleginnen und Kollegen, die heute wegen Krankheit nicht hier sein können, möchte ich ebenfalls herzlich danken für die zahlreichen von ihnen wahrgenommenen Aufgaben, verbunden mit den besten Genesungswünschen.

Ich habe natürlich auch zu danken, und das mache ich sehr gern, dem Herrn Ministerpräsidenten und seinem Kabinett für die gute Zusammenarbeit mit dem Parlament. Der Herr Ministerpräsident kann heute leider nicht hier sein, weil er im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin sein muss. Wir wünschen ihm von hier aus zusammen mit dem Dank, den wir ausgesprochen haben, ein schönes Weihnachtsfest und für das neue Jahr alles Gute, vor allen Dingen Gesundheit. Wir wünschen uns auch weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit dem Hohen Haus.

Mein Dank gilt der Frau Vizepräsidentin und den Herren Vizepräsidenten des Landtags, den Mitgliedern des Präsidiums und des Ältestenrates, den Fraktionsvorsitzenden, ihren Stellvertretern und den Vorsitzenden der Ausschüsse und Kommissionen sowie natürlich auch den Stellvertretern und Stellvertreterinnen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben nicht nur manches, sondern vieles auf den Weg gebracht, zum Beispiel das Gesetz zur Inklusion an unseren Schulen, das wir im Juli einstimmig verabschiedet haben - nach der hervorragenden Vorarbeit einer interfraktionellen Arbeitsgruppe. Ich betone überall - nicht nur hier, sondern auch draußen -, dass das eine ganz, ganz gute Sternstunde des Bayerischen Landtages in diesem Jahr gewesen ist. Wir haben eine Energiekommission eingesetzt. Zu Beginn des Jahres, im Februar, konnten wir den Bundespräsidenten hier im Hohen Haus begrüßen.

Es gab in diesem Jahr auch traurige, nachdenkliche Momente hier im Parlament. Ich denke an unser Innehalten angesichts der Naturkatastrophe in Japan mit ihren furchtbaren Auswirkungen für die Menschen dort und ihre Umwelt. Und es ist mehr als bitter, dass wir dieses Jahr parlamentarisch mit einer bewegenden Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus begonnen haben und am Ende dieses Jahres, nämlich vorgestern, gemeinsam der Opfer einer rechtsextremistischen Mordserie gedenken mussten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch heuer, in diesem Jahr, wurde in den Debatten zum Teil heftig gestritten - erlauben Sie mir die Anmerkung: leider nicht immer der Sache wegen. Lassen Sie uns gerade auf diesen Punkt im kommenden Jahr ein besonderes Augenmerk legen. Wir wollen gemeinsam eintreten für ein Streitbares, aber faires und sachorientiertes Parlament, das in den eigenen Reihen ein gutes menschliches Miteinander pflegt und das in der öffentlichen Wahrnehmung als würdige Volksvertretung Achtung genießt. Darauf zu achten, denke ich, tut uns allen gut, weil wir nicht nur den Stellenwert des Parlaments, sondern auch den Stellenwert von uns, die wir in der politischen Verantwortung sind, im Blickfeld haben müssen und haben sollten. Es ist doch ganz, ganz wichtig, dass wir in unserer Gesellschaft wieder eine Vertrauensbasis zu denen schaffen, die, in welchen Bereichen auch immer, in der Verantwortung sind. Da sind wir Politiker und Politikerinnen natürlich besonders gefragt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Parlamentsarbeit würde nicht so gut funktionieren, wenn wir nicht unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landtagsverwaltung hätten, die ihren Dienst und ihre Ser-

viceleistungen für uns, die wir im Parlament Verantwortung haben, mit einem unwahrscheinlichen Engagement erbringen. Danke an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung und an ihrer Spitze dem Amtschef, Herrn Worm.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Es würde einfach zu weit führen, die vielen Leistungen im Einzelnen zu benennen, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses erbracht wurden. Es war ein enormer Einsatz das ganze Jahr über. Wir alle erfahren jede Woche, dass das Parlament mittlerweile eigentlich jede Woche zum Haus der offenen Tür geworden ist. Vor allen Dingen die Fraktionen halten sehr, sehr viele Veranstaltungen ab, und viele Menschen kommen das gesamte Jahr über ins Parlament. Das bedeutet für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen enormen Einsatz. Das alles immer zeitgemäß und fristgerecht auf den Weg zu bringen, erfordert auch immer sehr, sehr viel Freude an der Arbeit.

Ich danke den Landtagsbeauftragten der Staatsministerien und der Staatskanzlei. In unseren Dank schließe ich selbstverständlich auch die Beamten der Polizei ein, die in gewissenhafter Erfüllung ihrer Amtspflichten die Sicherheit im Hause gewährleisten. Ich möchte die Sanitäter in den Dank einbeziehen, die während der Plenarsitzungen stets präsent sind.

(Allgemeiner Beifall)

Nicht zuletzt möchte ich den Damen und Herren von Presse, Funk und Fernsehen Dank sagen. Ich danke für die Berichterstattung und darf anmerken: Je mehr Sie über das, was hier im Parlament gearbeitet, debattiert und beschlossen wird, in ganz Bayern berichten, desto mehr dringt die Arbeit des Parlaments an die Öffentlichkeit. Daran müssen wir alle ein gemeinsames Interesse haben. Deshalb ein ganz herzlicher Dank an die Damen und Herren von Presse, Funk und Fernsehen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, nun darf ich einer guten Tradition des Hauses folgen. Das Wort hat jetzt die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der SPD, Frau Kollegin Natascha Kohnen.

**Natascha Kohnen (SPD):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr braucht gar nicht so zu schauen. Das wird etwas Nettes. Generalsekretäre können auch einmal nett sein.

(Heiterkeit)

Mir wurde in diesem Jahr die Ehre zuteil, stellvertretend für die Oppositionsparteien die Weihnachtswünsche im Hohen Haus zu überbringen. Das tue ich sehr gerne. Für mich und zahlreiche andere Kolleginnen und Kollegen, die im Jahr 2008 in das Parlament eingezogen sind, geht jetzt das dritte Parlamentsjahr zu Ende. Wir haben viel geleistet. Inzwischen sind wir Neulinge auch trittfest geworden. Wir müssen uns nicht mehr die Wege erfragen. Die Unterschiede der Stockwerke in den Seitenflügeln und im Haupthaus haben sich uns weitgehend erschlossen. Auch bei der Pforte lässt man uns mit einem freundlichen Nicken die Hürde nehmen. Der Ausweis kann inzwischen in der Tasche bleiben.

Steht man spät nachts vor den Gitterstäben des Landtags, kommt ein ebenso freundliches Nicken und man erhält Einlass mit den besten Wünschen für eine gute Nacht. Herr Kollege Dr. Bertermann, eine spezielle Hürde, die ich nehmen musste, war der Umstand, dass nicht jedes Blond gleich FDP bedeutet. Der Phänotyp kann täuschen. Südbau ist nicht Nordbau.

(Allgemeiner Beifall und Heiterkeit)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf mich zunächst bei den Wegbegleiterinnen und Wegbegleitern des Hohen Hauses bedanken, die uns in den zurückliegenden Jahren stets hilfreich und geduldig zur Seite standen. Lieber Herr Worm, wir danken Ihnen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamts für die professionelle Arbeit und die sehr guten Dienste, die im Bayerischen Landtag geleistet werden.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke den Offiziantinnen und Offizianten, deren Blick kaum etwas entgeht, sei es der nette und dezent Hinweis bei der Plenardebatte, dass noch eine Unterschrift fehle, oder sei es das Wasserglas in den Ausschusssitzungen, wenn einem das eine oder andere Mal die Spucke wegbleibt.

Ein herzliches Dankeschön auch an die Stenografinnen und Stenografen. Sie müssen - mitunter amüsiert - unsere Zwischenrufe notieren oder auch den einen oder anderen Dialekt identifizieren.

Ein herzliches Dankeschön an die Beamtinnen und Beamten der Polizei. Sie sind immer präsent. Wir fühlen uns mit Ihnen sicher.

(Allgemeiner Beifall)

Schließlich danke ich auch den unsichtbaren, aber unersetzlichen Damen und Herren der Telefonzentrale. Auch sie verdienen unseren Dank. Dank auch an

die guten Geister, die bei unseren Veranstaltungen mehr als notwendig sind, sei es, um Stühle und Tische zu rücken oder um die Säle wieder in den Urzustand zu versetzen. Ein herzlicher Dank an die Hausmeister und Hausmeisterinnen, sofern es welche gibt, Frau Stamm, und an die Damen und Herren vom Reinigungspersonal. Danke schön.

(Allgemeiner Beifall)

Mit dem Blick nach links oben und mit einem gewissen Augenzwinkern darf ich schließlich noch den Damen und Herren der Medien ein herzliches Dankeschön mit einem Zitat von Ephraim Kishon sagen:

Die Medien sind bellende Wachhunde der Demokratie, und die Demokratie ist bekanntlich das beste politische System, weil man es ungestraft beschimpfen kann.

Machen Sie weiter so. Bleiben Sie wachsam; denn die Pressefreiheit ist eines der höchsten Güter in unserer Demokratie. Danke schön.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte heute keine Bilanz des Jahres 2011 ziehen; denn dann, lieber Erwin Huber, würde mich vielleicht sogleich die wortgewaltige Unnade von Ihnen treffen. Schließlich wollen wir heute den Weihnachtsfrieden nicht stören. Lassen Sie uns das auf das nächste Jahr verschieben.

(Erwin Huber (CSU): Das kann immer passieren!)

Lassen Sie mich stattdessen am Ende des Jahres einige vielleicht auch nachdenkliche Fragen stellen und Gedanken anführen, die uns alle immer wieder bewegen. Folgt man den Ergebnissen einer Umfrage aus dem Jahr 2009, so ist das Vertrauen in die Demokratie bei nicht wenigen Deutschen erschüttert. 37 % beurteilen unsere Demokratie als weniger gut oder gar als schlecht. 22 % halten unsere Gesellschaftsordnung nicht für verteidigungswert. 47 % könnten sich vorstellen, nicht zu den nächsten Bundestagswahlen zu gehen. Die Politikverdrossenheit ist in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Das ist nicht nur für uns als Politikerinnen und Politiker besorgniserregend, sondern auch für uns als Demokratinnen und Demokraten.

Wie weit haben sich Bürger, Staat und Gesellschaft in den letzten Jahren voneinander entfernt? Hat sich die sogenannte politische Klasse, zu der wir zählen, immer mehr von ihrem gesellschaftlichen Nährboden entwurzelt, oder wächst in weiten Teilen der Gesellschaft die Unkenntnis, womöglich auch die Ignoranz

über die Realität der komplexen politischen Prozesse? Macht die zunehmende Komplexität politischer Probleme deren faire und sachkundige Beurteilung immer schwieriger? Wird dadurch bei vielen Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl verstärkt, Politik sei eine ihnen fremde, abgeschottete Welt? Nach den empirischen Erhebungen wissen wir, dass beständig weniger Befragte glauben, der Einzelne könne Entscheidungen beeinflussen und die eigenen Interessen würden Berücksichtigung finden.

Als Politikerinnen und Politiker stehen wir somit vor einer elementaren Herausforderung, die uns alle eint, so unterschiedlich unsere Anliegen und Schlussfolgerungen bei Sachentscheidungen immer wieder sein mögen. Niemand wird als Demokrat geboren. Jede Generation muss die Demokratie erlernen, erfahren und wertschätzen. Dafür tragen auch wir die Verantwortung. Ich gebe Ihnen in die Weihnachtstage mit: Lassen Sie uns mehr Demokratie wagen. In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein besinnliches, ruhiges und erholsames Weihnachtsfest.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Frau Kollegin, vielen Dank für Ihre guten Wünsche, aber auch für das Nachdenkliche. Ich erteile dem stellvertretenden Ministerpräsidenten, Herrn Staatsminister Zeil, das Wort.

**Stellvertretender Ministerpräsident Martin Zeil:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Ihnen zunächst die herzlichen Grüße des Herrn Ministerpräsidenten ausrichten, der es sehr bedauert, dass er Sie wegen der Teilnahme an der Ministerpräsidentenkonferenz nicht persönlich in die Weihnachtsferien entlassen kann. Deswegen fällt mir heute die Ehre zu, Ihnen im Namen der gesamten Bayerischen Staatsregierung die besten Weihnachts- und Neujahrswünsche zu überbringen.

Ich denke, wir haben ein erfolgreiches, arbeitsreiches Jahr hinter uns. Wir haben uns mit den fundamentalen Themen unseres Landes beschäftigt, mit der Umstellung der Energieversorgung, mit der Schuldenkrise innerhalb der Europäischen Union, wir haben uns auch mit den schrecklichen Gewaltverbrechen von Rechtsextremisten hier im Hause befasst und haben uns mit allen Themen, von den großen, wichtigen, bewegenden bis hin zu vielen kleinen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, die ebenso wichtig sind, auseinandergesetzt. Das Parlament hat dies getan, und die Bayerische Staatsregierung hat ihren Teil dazu beigetragen, dass wir uns mit allen Facetten unseres Landes und vor allem auch mit den Sorgen und Nöten der Bürgerinnen und Bürger auseinandergesetzt

haben; denn das ist unsere vornehmste Aufgabe. Uns muss es immer um das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger und unseres Landes gehen. Dafür arbeiten wir gemeinsam, dafür wollen wir auch im nächsten Jahr gemeinsam eintreten.

Hierbei denke ich auch an die nachdenklichen Worte von Frau Kollegin Kohnen. Ich glaube, in den letzten Wochen ist uns wieder klar geworden, dass uns bei allen Auseinandersetzungen, bei allen farbigen Debatten, die wir in diesem Hause führen, eines verbindet: das gemeinsame Eintreten für unsere Demokratie. So war es, denke ich, ein sehr würdiger Rahmen, als wir vor zwei Wochen gemeinsam den 65. Verfassungstag begangen haben. Die Verfassung ist das Fundament unserer Demokratie. Der Bayerische Landtag hat bei dieser Gelegenheit über alle Fraktionen hinweg deutlich gemacht, welchen Stellenwert die Bayerische Verfassung für uns als Parlamentarier, aber auch für das gesamte politische und gesellschaftliche Leben in Bayern hat.

Erst vor zwei Tagen haben wir hier im Plenarsaal der Opfer der rechtsextremistischen Mordserie gedacht. Als Verfechter einer wehrhaften Demokratie ist es unsere Pflicht, uns derartiger Gewalt entschlossen und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenzustellen. Auch in dieser Frage sind wir uns in diesem Hause einig, denn wir wissen um die Verantwortung, die uns die Präambel unserer Verfassung auferlegt. Wir haben die Verpflichtung, "die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechts dauerhaft zu sichern". Diesem Anspruch werden wir gemeinsam auch im nächsten Jahr gerecht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will mich zum Abschluss dieser Sitzung im Namen der Staatsregierung bei Ihnen allen für das gute Miteinander und auch für den streitigen Dialog bedanken. Ich denke, in diesem Hause gibt es insgesamt eine sehr gute politische Kultur. Das liegt auch an Ihnen, Frau Präsidentin. Es liegt auch an der Vizepräsidentin und den Vizepräsidenten, aber es liegt - lassen Sie mich das auch ganz persönlich sagen - insbesondere daran, Frau Präsidentin, wie Sie mit Ihrer Art, dieses Haus nach innen und außen zu vertreten - wenn es sein muss, auch mit sehr klaren Worten -, unsere Demokratie repräsentieren. Dafür auch Ihnen ein ganz persönlicher Dank.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Auch von mir ein großes Dankeschön an alle, die uns zuarbeiten und die mit uns zusammenarbeiten, die für unsere Sicherheit sorgen. Ohne sie wäre eine erfolgreiche Parlaments- und Regierungsarbeit überhaupt nicht möglich.

Ich schließe mich auch ausdrücklich dem Dank an die Vertreter der Medien an. Sie tragen mit ihrer Berichterstattung die Pluralität der Meinungen und unser Ringen um die besten Lösungen überall ins Land, sie berichten über die Debatten in diesem Hause, berichten natürlich insbesondere auch über das Wort, das außerhalb dieses Saales gesprochen wird, und versuchen dann immer, beide Dinge in hervorragender Weise in Übereinstimmung zu bringen.

(Heiterkeit bei der CSU)

Auch dies ist für eine funktionierende Demokratie unerlässlich.

Vor diesem Hintergrund wünsche ich Ihnen allen im Namen der Bayerischen Staatsregierung persönlich alles Gute und erholsame Weihnachtsfeiertage, bis wir uns dann im neuen Jahr mit aller Schaffenskraft hier wieder treffen.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich danke Ihnen, Herr stellvertretender Ministerpräsident, Herr Staatsminister Zeil, für Ihre guten Wünsche. Jetzt darf ich noch uns allen ein gesegnetes, ein friedvolles Weihnachtsfest wünschen. Weihnachten ist immer im Kreise der Familie, im Kreise unserer Lieben schön. Diese Zeit sollten wir dafür nutzen. Zeit, die wir für die Menschen, die uns am nächsten stehen, nicht haben, ist nicht nachzuholen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Beschluss, wie man bei uns in Unterfranken sagt, oder einen guten Rutsch, alles Gute im neuen Jahr, vor allen Dingen Gesundheit. Auf ein frohes und gesundes Wiedersehen im Jahr 2012!

Auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wünsche ich ein wunderschönes Weihnachtsfest, ein bisschen Ruhe und Ausspannen. In diesen Wunsch möchte ich vor allem auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gastronomie mit einbeziehen; denn sie sind, wenn es sein muss, wirklich rund um die Uhr für uns da.

(Allgemeiner Beifall)

Bevor Sie hinausgehen, noch ganz schnell ein Ergebnis, und zwar das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum interfraktionellen Dringlichkeitsantrag 16/10688: Mit Ja haben 71 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 90 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 11.57 Uhr)

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2011 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Wörner, Sonnenholzner u. a. und Fraktion SPD; EEG-Umlage und Netzentgeltumlage: Ausweitung der einseitigen Belastungen für Privatverbraucher und Kleinbetriebe stoppen (Drucksache 16/10686)

| Name                                      | Ja | Nein | Enthalte mich |
|-------------------------------------------|----|------|---------------|
| <b>Ackermann</b> Renate                   | X  |      |               |
| <b>Aiwanger</b> Hubert                    | X  |      |               |
| <b>Arnold</b> Horst                       | X  |      |               |
| <b>Aures</b> Inge                         | X  |      |               |
| <b>Bachhuber</b> Martin                   |    | X    |               |
| Prof. Dr. <b>Barfuß</b> Georg             |    |      |               |
| Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter | X  |      |               |
| Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried        |    | X    |               |
| <b>Bause</b> Margarete                    | X  |      |               |
| Dr. <b>Beckstein</b> Günther              |    |      |               |
| Dr. <b>Bernhard</b> Otmar                 |    | X    |               |
| Dr. <b>Bertermann</b> Otto                |    | X    |               |
| Dr. <b>Beyer</b> Thomas                   | X  |      |               |
| <b>Biechl</b> Annemarie                   |    | X    |               |
| <b>Biedefeld</b> Susann                   |    |      |               |
| <b>Blume</b> Markus                       |    | X    |               |
| <b>Bocklet</b> Reinhold                   |    | X    |               |
| <b>Breitschwert</b> Klaus Dieter          |    | X    |               |
| <b>Brendel-Fischer</b> Gudrun             |    | X    |               |
| <b>Brunner</b> Helmut                     |    |      |               |
| Dr. <b>Bulfon</b> Annette                 |    | X    |               |
| <b>Dechant</b> Thomas                     |    | X    |               |
| <b>Dettenhöfer</b> Petra                  |    | X    |               |
| <b>Dittmar</b> Sabine                     | X  |      |               |
| <b>Dodell</b> Renate                      |    | X    |               |
| <b>Donhauser</b> Heinz                    |    | X    |               |
| Dr. <b>Dürr</b> Sepp                      | X  |      |               |
| <b>Eck</b> Gerhard                        |    | X    |               |
| <b>Eckstein</b> Kurt                      |    | X    |               |
| <b>Eisenreich</b> Georg                   |    |      |               |
| Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen               |    |      |               |
| <b>Fahrenschon</b> Georg                  |    |      |               |
| <b>Felbinger</b> Günther                  | X  |      |               |
| Dr. <b>Fischer</b> Andreas                |    | X    |               |
| Dr. <b>Förster</b> Linus                  | X  |      |               |
| <b>Franke</b> Anne                        | X  |      |               |
| <b>Freller</b> Karl                       |    | X    |               |
| <b>Füracker</b> Albert                    |    |      | X             |
| Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul       |    |      |               |
| <b>Gehring</b> Thomas                     | X  |      |               |
| <b>Glauber</b> Thorsten                   | X  |      |               |
| <b>Goderbauer</b> Gertraud                |    | X    |               |

| Name                                       | Ja | Nein | Enthalte mich |
|--------------------------------------------|----|------|---------------|
| <b>Görlitz</b> Erika                       |    | X    |               |
| Dr. <b>Goppel</b> Thomas                   |    |      |               |
| <b>Gote</b> Ulrike                         | X  |      |               |
| <b>Gottstein</b> Eva                       |    |      |               |
| <b>Güll</b> Martin                         | X  |      |               |
| <b>Güller</b> Harald                       | X  |      |               |
| <b>Guttenberger</b> Petra                  |    | X    |               |
| <b>Hacker</b> Thomas                       |    | X    |               |
| <b>Haderthauer</b> Christine               |    |      |               |
| <b>Halbleib</b> Volkmar                    | X  |      |               |
| <b>Hallitzky</b> Eike                      | X  |      |               |
| <b>Hanisch</b> Joachim                     | X  |      |               |
| <b>Hartmann</b> Ludwig                     | X  |      |               |
| <b>Heckner</b> Ingrid                      |    | X    |               |
| <b>Heike</b> Jürgen W.                     |    | X    |               |
| <b>Herold</b> Hans                         |    | X    |               |
| Dr. <b>Herrmann</b> Florian                |    | X    |               |
| <b>Herrmann</b> Joachim                    |    |      |               |
| Dr. <b>Herz</b> Leopold                    | X  |      |               |
| <b>Hessel</b> Katja                        |    | X    |               |
| Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang               |    | X    |               |
| <b>Hintersberger</b> Johannes              |    |      |               |
| <b>Huber</b> Erwin                         |    | X    |               |
| Dr. <b>Huber</b> Marcel                    |    |      |               |
| Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto                 |    | X    |               |
| <b>Huml</b> Melanie                        |    |      |               |
| <b>Imhof</b> Hermann                       |    | X    |               |
| <b>Jörg</b> Oliver                         |    | X    |               |
| <b>Jung</b> Claudia                        | X  |      |               |
| <b>Kamm</b> Christine                      | X  |      |               |
| <b>Karl</b> Annette                        | X  |      |               |
| <b>Kiesel</b> Robert                       |    |      |               |
| Dr. <b>Kirschner</b> Franz Xaver           |    |      |               |
| <b>Klein</b> Karsten                       |    | X    |               |
| <b>Kobler</b> Konrad                       |    | X    |               |
| <b>König</b> Alexander                     |    | X    |               |
| <b>Kohnen</b> Natascha                     | X  |      |               |
| <b>Kränzle</b> Bernd                       |    |      |               |
| <b>Kreuzer</b> Thomas                      |    | X    |               |
| <b>Ländner</b> Manfred                     |    | X    |               |
| Freiherr von <b>Lerchenfeld</b> Ludwig     |    | X    |               |
| Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp |    | X    |               |

| Name                             | Ja | Nein | Enthalte<br>mich |
|----------------------------------|----|------|------------------|
| <b>Lorenz</b> Andreas            |    | X    |                  |
| Prof. <b>Männle</b> Ursula       |    |      |                  |
| Dr. <b>Magerl</b> Christian      | X  |      |                  |
| <b>Maget</b> Franz               | X  |      |                  |
| <b>Matschl</b> Christa           |    | X    |                  |
| Dr. <b>Merk</b> Beate            |    | X    |                  |
| <b>Meyer</b> Brigitte            |    | X    |                  |
| <b>Meyer</b> Peter               | X  |      |                  |
| <b>Miller</b> Josef              |    | X    |                  |
| <b>Müller</b> Ulrike             | X  |      |                  |
| <b>Mütze</b> Thomas              | X  |      |                  |
| <b>Muthmann</b> Alexander        | X  |      |                  |
| <b>Naaß</b> Christa              | X  |      |                  |
| <b>Nadler</b> Walter             |    | X    |                  |
| <b>Neumeyer</b> Martin           |    | X    |                  |
| <b>Nöth</b> Eduard               |    | X    |                  |
| <b>Noichl</b> Maria              | X  |      |                  |
| <b>Pachner</b> Reinhard          |    | X    |                  |
| Dr. <b>Pauli</b> Gabriele        |    |      | X                |
| <b>Perlak</b> Reinhold           | X  |      |                  |
| <b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich     | X  |      |                  |
| Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael | X  |      |                  |
| <b>Pohl</b> Bernhard             |    |      | X                |
| <b>Pointner</b> Mannfred         | X  |      |                  |
| <b>Pranghofer</b> Karin          | X  |      |                  |
| <b>Pschierer</b> Franz Josef     |    |      |                  |
| Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph  | X  |      |                  |
| <b>Radwan</b> Alexander          |    | X    |                  |
| <b>Reichhart</b> Markus          | X  |      |                  |
| <b>Reiß</b> Tobias               |    | X    |                  |
| <b>Richter</b> Roland            |    | X    |                  |
| Dr. <b>Rieger</b> Franz          |    | X    |                  |
| <b>Rinderspacher</b> Markus      | X  |      |                  |
| <b>Ritter</b> Florian            | X  |      |                  |
| <b>Rohde</b> Jörg                |    | X    |                  |
| <b>Roos</b> Bernhard             | X  |      |                  |
| <b>Rotter</b> Eberhard           |    | X    |                  |
| <b>Rudrof</b> Heinrich           |    | X    |                  |
| <b>Rüth</b> Berthold             |    | X    |                  |
| Dr. <b>Runge</b> Martin          | X  |      |                  |
| <b>Rupp</b> Adelheid             |    |      |                  |
| <b>Sackmann</b> Markus           |    | X    |                  |
| <b>Sandt</b> Julika              |    | X    |                  |
| <b>Sauter</b> Alfred             |    | X    |                  |
| <b>Scharfenberg</b> Maria        | X  |      |                  |
| <b>Schindler</b> Franz           | X  |      |                  |
| <b>Schmid</b> Georg              |    | X    |                  |
| <b>Schmid</b> Peter              |    |      |                  |
| <b>Schmitt-Bussinger</b> Helga   | X  |      |                  |
| <b>Schneider</b> Harald          | X  |      |                  |
| <b>Schöffel</b> Martin           |    | X    |                  |
| <b>Schopper</b> Theresa          | X  |      |                  |

| Name                               | Ja | Nein | Enthalte<br>mich |
|------------------------------------|----|------|------------------|
| <b>Schorer</b> Angelika            |    |      |                  |
| <b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin   |    |      |                  |
| <b>Schuster</b> Stefan             | X  |      |                  |
| <b>Schweiger</b> Tanja             | X  |      |                  |
| <b>Schwimmer</b> Jakob             |    |      |                  |
| <b>Seidenath</b> Bernhard          |    |      |                  |
| <b>Sem</b> Reserl                  |    | X    |                  |
| <b>Sibler</b> Bernd                |    | X    |                  |
| <b>Sinner</b> Eberhard             |    | X    |                  |
| Dr. <b>Söder</b> Markus            |    |      |                  |
| <b>Sonnenholzner</b> Kathrin       | X  |      |                  |
| Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig          |    |      |                  |
| <b>Sprinkart</b> Adi               |    |      |                  |
| <b>Stachowitz</b> Diana            |    |      |                  |
| <b>Stahl</b> Christine             | X  |      |                  |
| <b>Stamm</b> Barbara               |    | X    |                  |
| <b>Stamm</b> Claudia               | X  |      |                  |
| <b>Steiger</b> Christa             | X  |      |                  |
| <b>Steiner</b> Klaus               |    | X    |                  |
| <b>Stewens</b> Christa             |    | X    |                  |
| <b>Stierstorfer</b> Sylvia         |    | X    |                  |
| <b>Stöttner</b> Klaus              |    |      |                  |
| <b>Strehle</b> Max                 |    | X    |                  |
| <b>Streibl</b> Florian             | X  |      |                  |
| <b>Strobl</b> Reinhold             | X  |      |                  |
| <b>Ströbel</b> Jürgen              |    | X    |                  |
| Dr. <b>Strohmayr</b> Simone        |    |      |                  |
| <b>Taubeneder</b> Walter           |    | X    |                  |
| <b>Tausendfreund</b> Susanna       | X  |      |                  |
| <b>Thalhammer</b> Tobias           |    | X    |                  |
| <b>Tolle</b> Simone                | X  |      |                  |
| <b>Unterländer</b> Joachim         |    | X    |                  |
| Dr. <b>Vetter</b> Karl             | X  |      |                  |
| <b>Weidenbusch</b> Ernst           |    | X    |                  |
| <b>Weikert</b> Angelika            | X  |      |                  |
| Dr. <b>Weiß</b> Bernd              |    |      |                  |
| Dr. <b>Weiß</b> Manfred            |    | X    |                  |
| Dr. <b>Wengert</b> Paul            | X  |      |                  |
| <b>Werner</b> Hans Joachim         | X  |      |                  |
| <b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna | X  |      |                  |
| <b>Widmann</b> Jutta               |    |      |                  |
| <b>Wild</b> Margit                 | X  |      |                  |
| <b>Will</b> Renate                 |    | X    |                  |
| <b>Winter</b> Georg                |    |      |                  |
| <b>Winter</b> Peter                |    | X    |                  |
| <b>Wörner</b> Ludwig               | X  |      |                  |
| <b>Zacharias</b> Isabell           |    |      |                  |
| <b>Zeil</b> Martin                 |    |      |                  |
| <b>Zeitler</b> Otto                |    |      |                  |
| <b>Zellmeier</b> Josef             |    | X    |                  |
| Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas       |    |      |                  |
| <b>Gesamtsumme</b>                 | 67 | 78   | 3                |

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2011 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Dr. Runge, Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Verwendung der Mittel des Fonds "Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975" (Drucksache 16/10688)

| Name                                      | Ja | Nein | Enthalte mich |
|-------------------------------------------|----|------|---------------|
| <b>Ackermann</b> Renate                   | X  |      |               |
| <b>Aiwanger</b> Hubert                    | X  |      |               |
| <b>Arnold</b> Horst                       | X  |      |               |
| <b>Aures</b> Inge                         | X  |      |               |
| <b>Bachhuber</b> Martin                   |    | X    |               |
| Prof. Dr. <b>Barfuß</b> Georg             |    |      |               |
| Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter | X  |      |               |
| Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried        |    | X    |               |
| <b>Bause</b> Margarete                    | X  |      |               |
| Dr. <b>Beckstein</b> Günther              |    | X    |               |
| Dr. <b>Bernhard</b> Otmar                 |    | X    |               |
| Dr. <b>Bertermann</b> Otto                |    | X    |               |
| Dr. <b>Beyer</b> Thomas                   | X  |      |               |
| <b>Biechl</b> Annemarie                   |    | X    |               |
| <b>Biedefeld</b> Susann                   |    |      |               |
| <b>Blume</b> Markus                       |    | X    |               |
| <b>Bocklet</b> Reinhold                   |    | X    |               |
| <b>Breitschwert</b> Klaus Dieter          |    | X    |               |
| <b>Brendel-Fischer</b> Gudrun             |    | X    |               |
| <b>Brunner</b> Helmut                     |    |      |               |
| Dr. <b>Bulfon</b> Annette                 |    | X    |               |
| <b>Dechant</b> Thomas                     |    | X    |               |
| <b>Dettenhöfer</b> Petra                  |    | X    |               |
| <b>Dittmar</b> Sabine                     | X  |      |               |
| <b>Dodell</b> Renate                      |    | X    |               |
| <b>Donhauser</b> Heinz                    |    | X    |               |
| Dr. <b>Dürr</b> Sepp                      | X  |      |               |
| <b>Eck</b> Gerhard                        |    | X    |               |
| <b>Eckstein</b> Kurt                      |    | X    |               |
| <b>Eisenreich</b> Georg                   |    | X    |               |
| Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen               |    |      |               |
| <b>Fahrenschon</b> Georg                  |    | X    |               |
| <b>Felbinger</b> Günther                  | X  |      |               |
| Dr. <b>Fischer</b> Andreas                |    | X    |               |
| Dr. <b>Förster</b> Linus                  | X  |      |               |
| <b>Franke</b> Anne                        | X  |      |               |
| <b>Freller</b> Karl                       |    | X    |               |
| <b>Füracker</b> Albert                    |    | X    |               |
| Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul       |    |      |               |
| <b>Gehring</b> Thomas                     | X  |      |               |
| <b>Glauber</b> Thorsten                   | X  |      |               |
| <b>Goderbauer</b> Gertraud                |    | X    |               |

| Name                                       | Ja | Nein | Enthalte mich |
|--------------------------------------------|----|------|---------------|
| <b>Görlitz</b> Erika                       |    | X    |               |
| Dr. <b>Goppel</b> Thomas                   |    | X    |               |
| <b>Gote</b> Ulrike                         | X  |      |               |
| <b>Gottstein</b> Eva                       | X  |      |               |
| <b>Güll</b> Martin                         | X  |      |               |
| <b>Güller</b> Harald                       | X  |      |               |
| <b>Guttenberger</b> Petra                  |    | X    |               |
| <b>Hacker</b> Thomas                       |    | X    |               |
| <b>Haderthauer</b> Christine               |    |      |               |
| <b>Halbleib</b> Volkmar                    | X  |      |               |
| <b>Hallitzky</b> Eike                      | X  |      |               |
| <b>Hanisch</b> Joachim                     | X  |      |               |
| <b>Hartmann</b> Ludwig                     | X  |      |               |
| <b>Heckner</b> Ingrid                      |    | X    |               |
| <b>Heike</b> Jürgen W.                     |    | X    |               |
| <b>Herold</b> Hans                         |    | X    |               |
| Dr. <b>Herrmann</b> Florian                |    | X    |               |
| <b>Herrmann</b> Joachim                    |    |      |               |
| Dr. <b>Herz</b> Leopold                    | X  |      |               |
| <b>Hessel</b> Katja                        |    | X    |               |
| Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang               |    | X    |               |
| <b>Hintersberger</b> Johannes              |    |      |               |
| <b>Huber</b> Erwin                         |    | X    |               |
| Dr. <b>Huber</b> Marcel                    |    |      |               |
| Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto                 |    | X    |               |
| <b>Huml</b> Melanie                        |    | X    |               |
| <b>Imhof</b> Hermann                       |    | X    |               |
| <b>Jörg</b> Oliver                         |    | X    |               |
| <b>Jung</b> Claudia                        | X  |      |               |
| <b>Kamm</b> Christine                      | X  |      |               |
| <b>Karl</b> Annette                        | X  |      |               |
| <b>Kiesel</b> Robert                       |    |      |               |
| Dr. <b>Kirschner</b> Franz Xaver           |    |      |               |
| <b>Klein</b> Karsten                       |    | X    |               |
| <b>Kobler</b> Konrad                       |    | X    |               |
| <b>König</b> Alexander                     |    | X    |               |
| <b>Kohnen</b> Natascha                     | X  |      |               |
| <b>Kränzle</b> Bernd                       |    |      |               |
| <b>Kreuzer</b> Thomas                      |    | X    |               |
| <b>Ländner</b> Manfred                     |    | X    |               |
| Freiherr von <b>Lerchenfeld</b> Ludwig     |    | X    |               |
| Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp |    | X    |               |

| Name                             | Ja | Nein | Enthalte<br>mich |
|----------------------------------|----|------|------------------|
| <b>Lorenz</b> Andreas            |    | X    |                  |
| Prof. <b>Männle</b> Ursula       |    |      |                  |
| Dr. <b>Magerl</b> Christian      | X  |      |                  |
| <b>Maget</b> Franz               | X  |      |                  |
| <b>Matschl</b> Christa           |    | X    |                  |
| Dr. <b>Merk</b> Beate            |    | X    |                  |
| <b>Meyer</b> Brigitte            |    | X    |                  |
| <b>Meyer</b> Peter               | X  |      |                  |
| <b>Miller</b> Josef              |    | X    |                  |
| <b>Müller</b> Ulrike             | X  |      |                  |
| <b>Mütze</b> Thomas              | X  |      |                  |
| <b>Muthmann</b> Alexander        | X  |      |                  |
| <b>Naaß</b> Christa              | X  |      |                  |
| <b>Nadler</b> Walter             |    | X    |                  |
| <b>Neumeyer</b> Martin           |    | X    |                  |
| <b>Nöth</b> Eduard               |    | X    |                  |
| <b>Noichl</b> Maria              | X  |      |                  |
| <b>Pachner</b> Reinhard          |    | X    |                  |
| Dr. <b>Pauli</b> Gabriele        |    |      | X                |
| <b>Perlak</b> Reinhold           | X  |      |                  |
| <b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich     | X  |      |                  |
| Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael | X  |      |                  |
| <b>Pohl</b> Bernhard             | X  |      |                  |
| <b>Pointner</b> Mannfred         | X  |      |                  |
| <b>Pranghofer</b> Karin          | X  |      |                  |
| <b>Pschierer</b> Franz Josef     |    | X    |                  |
| Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph  | X  |      |                  |
| <b>Radwan</b> Alexander          |    | X    |                  |
| <b>Reichhart</b> Markus          | X  |      |                  |
| <b>Reiß</b> Tobias               |    | X    |                  |
| <b>Richter</b> Roland            |    |      |                  |
| Dr. <b>Rieger</b> Franz          |    | X    |                  |
| <b>Rinderspacher</b> Markus      | X  |      |                  |
| <b>Ritter</b> Florian            | X  |      |                  |
| <b>Rohde</b> Jörg                |    | X    |                  |
| <b>Roos</b> Bernhard             | X  |      |                  |
| <b>Rotter</b> Eberhard           |    | X    |                  |
| <b>Rudrof</b> Heinrich           |    | X    |                  |
| <b>Rüth</b> Berthold             |    | X    |                  |
| Dr. <b>Runge</b> Martin          | X  |      |                  |
| <b>Rupp</b> Adelheid             |    |      |                  |
| <b>Sackmann</b> Markus           |    | X    |                  |
| <b>Sandt</b> Julika              |    | X    |                  |
| <b>Sauter</b> Alfred             |    | X    |                  |
| <b>Scharfenberg</b> Maria        | X  |      |                  |
| <b>Schindler</b> Franz           | X  |      |                  |
| <b>Schmid</b> Georg              |    | X    |                  |
| <b>Schmid</b> Peter              |    |      |                  |
| <b>Schmitt-Bussinger</b> Helga   | X  |      |                  |
| <b>Schneider</b> Harald          | X  |      |                  |
| <b>Schöffel</b> Martin           |    | X    |                  |
| <b>Schopper</b> Theresa          | X  |      |                  |

| Name                               | Ja | Nein | Enthalte<br>mich |
|------------------------------------|----|------|------------------|
| <b>Schorer</b> Angelika            |    |      |                  |
| <b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin   |    |      |                  |
| <b>Schuster</b> Stefan             | X  |      |                  |
| <b>Schweiger</b> Tanja             | X  |      |                  |
| <b>Schwimmer</b> Jakob             |    | X    |                  |
| <b>Seidenath</b> Bernhard          |    | X    |                  |
| <b>Sem</b> Reserl                  |    | X    |                  |
| <b>Sibler</b> Bernd                |    | X    |                  |
| <b>Sinner</b> Eberhard             |    | X    |                  |
| Dr. <b>Söder</b> Markus            |    |      |                  |
| <b>Sonnenholzner</b> Kathrin       | X  |      |                  |
| Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig          |    |      |                  |
| <b>Sprinkart</b> Adi               |    |      |                  |
| <b>Stachowitz</b> Diana            |    |      |                  |
| <b>Stahl</b> Christine             | X  |      |                  |
| <b>Stamm</b> Barbara               |    | X    |                  |
| <b>Stamm</b> Claudia               | X  |      |                  |
| <b>Steiger</b> Christa             | X  |      |                  |
| <b>Steiner</b> Klaus               |    | X    |                  |
| <b>Stewens</b> Christa             |    | X    |                  |
| <b>Stierstorfer</b> Sylvia         |    | X    |                  |
| <b>Stöttner</b> Klaus              |    | X    |                  |
| <b>Strehle</b> Max                 |    | X    |                  |
| <b>Streibl</b> Florian             | X  |      |                  |
| <b>Strobl</b> Reinhold             | X  |      |                  |
| <b>Ströbel</b> Jürgen              |    | X    |                  |
| Dr. <b>Strohmayr</b> Simone        | X  |      |                  |
| <b>Taubeneder</b> Walter           |    | X    |                  |
| <b>Tausendfreund</b> Susanna       | X  |      |                  |
| <b>Thalhammer</b> Tobias           |    | X    |                  |
| <b>Tolle</b> Simone                | X  |      |                  |
| <b>Unterländer</b> Joachim         |    | X    |                  |
| Dr. <b>Vetter</b> Karl             | X  |      |                  |
| <b>Weidenbusch</b> Ernst           |    | X    |                  |
| <b>Weikert</b> Angelika            | X  |      |                  |
| Dr. <b>Weiß</b> Bernd              |    |      |                  |
| Dr. <b>Weiß</b> Manfred            |    | X    |                  |
| Dr. <b>Wengert</b> Paul            | X  |      |                  |
| <b>Werner</b> Hans Joachim         | X  |      |                  |
| <b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna | X  |      |                  |
| <b>Widmann</b> Jutta               | X  |      |                  |
| <b>Wild</b> Margit                 | X  |      |                  |
| <b>Will</b> Renate                 |    | X    |                  |
| <b>Winter</b> Georg                |    | X    |                  |
| <b>Winter</b> Peter                |    | X    |                  |
| <b>Wörner</b> Ludwig               | X  |      |                  |
| <b>Zacharias</b> Isabell           |    |      |                  |
| <b>Zeil</b> Martin                 |    | X    |                  |
| <b>Zeitler</b> Otto                |    |      |                  |
| <b>Zellmeier</b> Josef             |    | X    |                  |
| Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas       |    | X    |                  |
| <b>Gesamtsumme</b>                 | 71 | 90   | 1                |